



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Afghanistan – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2021

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) teilte in seinen Situationsberichten vom 22.12. und 29.12.21 mit, dass man die Anstrengungen verstärke, um mehr als 23 Mio. Menschen im Jahr 2022 zu helfen, mit dem Ziel eine humanitäre Katastrophe und eine Hungersnot abzuwenden. 2021 konnten ca. 15 Mio. Bedürftige unterstützt werden. Zudem würden – insbesondere in städtischen Gebieten – die Bargeldtransfers erhöht, um die lokale Wirtschaft zu stützen und die Märkte funktionsfähig zu halten. In allen Provinzen würden Lebensmittel verteilt. Dabei werde auch versucht, die Menschen in Arbeit zu bringen, indem entweder die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert (Bau von Gräben, Straßen) oder Ausbildungsprojekte (z.B. Auto-, Handyreparaturen) fortgeführt werden. Dennoch bleibt die wirtschaftliche und humanitäre Lage angespannt. So geben die meisten Haushalte an, dass nur noch an einem Tag pro Woche Arbeit für den Lebensunterhalt möglich wäre, unabhängig davon, ob als Tagelöhner oder in einem festen Arbeitsverhältnis. Die schlimmste Dürre seit Jahren trägt dazu bei, dass Nahrungsmittel nicht ausreichend produziert werden können und entsprechend teuer sind. Das WFP geht davon aus, dass 2022 ca. 220 Mio. USD pro Monat für die Unterstützung Bedürftiger benötigt werden. Verschiedene Analytistinnen und Analysten sind der Auffassung, dass es sich in Afghanistan nicht um eine Wirtschaftskrise handelt, die hauptsächlich nur die Armen und Schwachen trifft und die auch nicht allein durch Nahrungsmittelsoforthilfe bewältigt werden kann. Wesentlich für die Wirtschaft sei, so schnell wie möglich wieder Geld – Gehälter, Bankguthaben, Überweisungen – zu erhalten, um wieder in Fluss zu kommen.

Medizinische Versorgung

Nach Angaben des afghanischen Gesundheitsministeriums seien 21 von 38 Kliniken für die Behandlung von an COVID-19 Erkrankten wegen mangelnder Finanzierung geschlossen. Man sei im Gespräch mit verschiedenen internationalen Geldgebern, um die Wiedereröffnung der COVID-19-Kliniken zu ermöglichen.

Taliban-Führer ruft zur Beachtung der Amnestie auf

Nach der Verbreitung eines Videos, das zeigt, wie ein ehemaliger Kommandant der Sicherheitskräfte von Taliban geschlagen wird, rief Mullah Akhundzada am 30.12.21 erneut dazu auf, die von ihm verkündete Generalamnestie zu respektieren und die außergerichtliche Bestrafung von Mitarbeitern der ehemaligen Regierung einzustellen. In sozialen Netzwerken kursieren Dutzende ähnlicher – und noch grausamere – Videos und Bilder. Andere Videos in sozialen Netzwerken zeigen an Zivilisten begangene Tötungen und Leichenschändungen in Panjshir.

Übergriff auf Transgender-Person in Herat

Einem Pressebericht vom 29.12.21 zufolge wurde in Herat eine Transgender-Person von Unbekannten schwer misshandelt. Weitere Transgender-Personen in Herat äußerten sich besorgt über mangelnden Schutz und sagten,

sie befänden sich in einer schwierigen Situation. Sie seien von ihren Familien im Stich gelassen worden und auch die Gesellschaft akzeptiere sie nicht. In dem Bericht wurde auch ein islamischer Geistlicher dahingehend zitiert, dass die harte Behandlung von Transgender-Personen gegen islamische Werte verstoße.

10. Januar 2022

Regierungsgeschäfte

Laut Berichten gab es am 03.01.22 einen Zusammenstoß zwischen turkmenischen Grenztruppen und Taliban-Kämpfern im Distrikt Khamad in der Provinz Jawzjan. Als Reaktion auf den Zusammenstoß habe Turkmenistan den Handel am Grenzübergang Aqina eingestellt. Ein Sprecher der Taliban dementierte den Vorfall auf Twitter. Am 04.01.22 erklärte der Taliban-Führer Baradar in einem Interview, dass ehemalige Parlamentsmitglieder für das neue Kabinett nicht berücksichtigt würden, da sie korrupt gewesen seien. Am 26.12.21 hatten die Taliban die unabhängige Wahlkommission und die Wahlbeschwerdekommission aufgelöst, weil diese nicht mehr benötigt würden. Am 06.01.22 wurde der ehemalige stellvertretende Leiter der Wahlbeschwerdekommission in Kabul von den Taliban verhaftet. Damit wurde sowohl der parlamentarischen Demokratie als auch einer inklusiven Regierung erneut eine Absage erteilt. Am 04.01.22 erklärte ein Sprecher des Innenministeriums, dass Polizisten bald eine Uniform bekämen. So sollen Polizisten von anderen Bewaffneten unterschieden werden können. Grenztruppen der Taliban haben von der pakistanischen Armee an der umstrittenen Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan, der Durand Line, errichtete Grenzzäune zerstört. Ein Sprecher der Taliban sagte, die Grenzführung sei nicht geklärt und deswegen solle Pakistan keine Zäune errichten. Pakistans Außenminister kündigte an, das Problem auf diplomatischem Weg lösen zu wollen. Am 04.01.22 haben die Taliban in der Provinz Herat gefordert, dass die Köpfe von Schaufensterpuppen abgesägt werden. Diese seien unislamische Götzenbilder und müssten langfristig verschwinden. Am 05.01.22 haben die Taliban 40 Gefangene aus einem Gefängnis in Kandahar entlassen, die laut ihnen inhaftiert gewesen seien, ohne eine Straftat begangen zu haben. Auch aus Gefängnissen in anderen Provinzen sollen Häftlinge entlassen werden. Das Tugendministerium in der Provinz Balkh hat am 05.01.22 verkündet, dass Männer, die zum Gebet nicht in die Moschee gehen, strafrechtlich verfolgt werden können. In der gleichen Ansprache hieß es, dass Frauen nur wenn es unbedingt notwendig sei und dann in Begleitung eines männlichen Verwandten das Haus verlassen dürfen. Am 07.01.22 haben die Taliban in den nördlichen Provinzen Frauen verboten, Badehäuser zu betreten. Am 08.01.22 wurde ein Universitätsprofessor von den Taliban in Kabul verhaftet, weil er sich in TV-Interviews und den sozialen Medien kritisch gegenüber der Regierung geäußert haben soll. Am 09.01.22 haben die Taliban in ganz Kabul Plakate aufgehängt, welche Frauen empfehlen einen Schleier (Hijab oder Burka) zu tragen.

Wirtschaftliche und humanitäre Situation

Am 01.01.22 haben die Taliban zeitgleich alle Leiter des öffentlichen Gesundheitswesens in den 34 Provinzen entlassen und durch eigene Mitglieder ersetzt. Die UN erklärten 1,5 Mrd. USD für humanitäre Hilfe in Afghanistan gesammelt zu haben. Starke Regen- und Schneefälle im ganzen Land haben am 04.01. und 05.01.22 zu zahlreichen Überschwemmungen und Lawinen geführt, durch die mehrere Menschen gestorben sind. Der Verkehr an mehreren Hauptverkehrsadern war zwischenzeitlich unterbrochen.

Proteste

Am 04.01.22 gab es weiterhin Proteste von Frauen gegen die Missachtung von Frauenrechten durch die Taliban, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in Privaträumen mit der Verbreitung von Forderungen über soziale Medien. Die Ärzte eines Krankenhauses in der Provinz Samangan haben mit Parolen wie „Wir haben nichts zu essen!“ protestiert, da sie seit sechs Monaten keinen Lohn erhalten haben. Laut Berichten wurde die Demonstration auf Anweisung vom Beauftragten für öffentliche Gesundheit der Provinz gewaltsam beendet. In der Provinz Ghazni gab es Proteste, weil Reisepässe nicht ausgestellt oder wie angekündigt, ausgegeben wurden.

17. Januar 2021

Sicherheitslage / Interne Kämpfe der Taliban

Laut Angaben der Taliban wurden am 09.01.22 drei Kämpfer des Islamischen Staates der Khorasan Provinz (ISKP) in Kabuls 5. Polizeidistrikt getötet und zwei verhaftet. In der Provinz Balkh wurden am 10.01.22 vier junge Männer

tot aufgefunden. Verwandte eines der Opfer sagen aus, dass er vorher von den Taliban abgeholt worden wäre. Die Taliban haben noch nicht zu dem Vorfall Stellung genommen. Bei zwei Auseinandersetzungen zwischen Taliban-Kämpfern in der Provinz Faryab am 09.01.22 und 10.01.22 sind insgesamt vier Personen gestorben und drei verwundet worden. Am 14.01.22 wurde bei weiteren Kämpfen in der Provinz ein paschtunischer Taliban getötet und drei weitere verletzt. Es gibt hier Grabenkämpfe innerhalb der Taliban entlang ethnischer Grenzlinien zwischen usbekischen und paschtunischen Kämpfern. Am 13.01.22 war der usbekische Taliban-Kommandeur Makhdoom Alam in Faryab wegen Entführungsvorwürfen von den Taliban (hauptsächlich Paschtunen) verhaftet und nach Kabul gebracht worden. Dagegen hatte es Proteste von ethnischen Usbeken gegeben. Manche Beobachtende sehen darin erste Anzeichen für einen möglichen Krieg verschiedener ethnischer Taliban-Fraktionen. Ein Pressesprecher der Taliban erklärte dagegen am 14.01.22 auf Twitter, dass pro-demokratische Kräfte (nach dem „Tod der Demokratie“ in Afghanistan) versuchen würden das afghanische Volk entlang ethnischer Linien zu teilen. Bei Auseinandersetzungen am 06.01.22 in der Provinz Badakhshan wurden drei Personen getötet und vier verwundet. Bei einem Konflikt über Landbesitz kam es in einem Dorf in der Provinz Balkh zu Zusammenstößen zwischen dem lokalen Polizeichef der Taliban und den Dorfbewohnern. Dabei wurde eine Person getötet und fünf weitere wurden verletzt. In der Nacht zum 12.01.22 wurde ein Militärfahrzeug der Taliban in Kabul angegriffen. Hintergründe der Tat sind unklar. Es wurden zwei Taliban-Kämpfer verletzt. Am 14.01.22 war eine junge Frau von Taliban im Kabuler Hazaraviertel Dasht-e Barchi aus bisher ungeklärten Gründen erschossen worden. Am 16.01.22 habe es in Kabul eine Explosion gegeben, die ein Kind getötet habe. Am selben Tag waren zwei Frauen in der Provinz Laghman von einem Wachmann einer Passausgabestelle erschossen worden.

Regierungsgeschäfte

Ein Treffen am 10.01.22 im Iran, zwischen Delegationen aus von den Taliban ernannten Ministern und Vertretern der Widerstandfront angeführt von Ismail Khan, endete ohne Ergebnis. Die Taliban hatten die Rückkehr der Widerstandskämpfer aus dem Iran nach Afghanistan und die Widerstandfront eine inklusive Übergangsregierung gefordert. Bei seinem Besuch im Iran hat der von den Taliban ernannte Außenminister Muttaqi auch den iranischen Außenminister getroffen. Berichten zufolge haben die Taliban am 10.01.22 Anweisungen an Buchhändler und Verlage in der Provinz Badakhshan verteilt, nach welchen die Publikation und der Verkauf von jeglichen Dokumenten von Gegnern der Taliban verboten sei. Am 10.01.22 sagte der Stabschef der Taliban, die Armee habe aktuell 80.000 Mitglieder und solle auf 150.000 erweitert werden. In diesem Kontext bat er die pakistanische Regierung keine weiteren Zäune an der pakistanisch-afghanischen Grenze zu errichten, da die afghanische Armee in der Lage sei, die Grenze zu kontrollieren. Der Kommandeur der Grenztruppen im Osten Afghanistans sagte bei der Abschlusszeremonie eines 45-tägigen Trainings von neuen Grenztruppen, dass diese an 32 neu errichteten Grenzposten positioniert werden würden. Einen Zaun an der Grenze würden die Taliban nicht akzeptieren. Am 14.01.22 hat der pakistanische Präsident Khan angeboten den Taliban gut ausgebildetes Personal zu schicken, um ihnen bei den Regierungsgeschäften in der aktuellen Krise zu helfen. Zuvor hatte die New York Times berichtet, den Taliban fehle gutes Personal in den staatlichen Institutionen. Expertinnen und Experten befürchten, dass Pakistan die aktuelle Notlage Afghanistans ausnutze, um seinen Einfluss auszudehnen.

Proteste / Verhaftungen

Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) hat die Freilassung von drei von den Taliban verhafteten Journalisten, Faisal Madras, Adris Rahimi und Milad Azizi, gefordert. Die Journalisten wären am 06.01.22 in Kabul verhaftet worden, nachdem sie auf ihrem vielbesuchten Youtube-Kanal „Kabul Lovers“ über Proteste im Pandschschirtals berichtet hatten. Es gibt Unklarheiten über den Verbleib des angeblich am 06.01.22 verhafteten ehemaligen stellvertretenden Leiters der Wahlbeschwerdekommission Maulawi Din-Mohammad Azimi. Während das Generaldirektorat für Sicherheit in Kabul seine Verhaftung am 10.01.22 bestätigte, wusste ein Sprecher der Taliban nichts von einem solchen Vorfall. Nach Angaben seiner Familie wurde der am 08.01.22 verhaftete Universitätsprofessor am 11.01.22 wieder freigelassen. Der Freilassung waren internationale Forderungen sowie okale Proteste von Frauen vorausgegangen. Nachdem das Tugendministerium Poster in Kabul aufgehängt hatte, die Frauen dazu aufriefen, Verschleierung (Hijab, Burka) zu tragen, gab es am 10.01.22 in Kabul erneut Proteste von Frauen gegen die Taliban. Neben Demonstrationen und Protesten auf sozialen Medien haben Frauen auch nachts Slogans an Mauern in der Stadt gesprayt und ihre Rechte auf Freiheit, Bildung, Arbeit und Schutz vor Gewalt eingefordert. Als Reaktion haben die Taliban abermals versichert, dass sie an Regelungen für die Bildung und Arbeit von Frauen arbeiten. Am 10.01.22 seien in der Provinz Kapisa sechs Frauen und drei Kinder von den Taliban

verhaftet worden. Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes protestierten, die Verhaftung sei willkürlich gewesen und nach Vermittlung durch lokale Autoritäten wurden die Frauen und Kinder wieder freigelassen. Die Taliban haben angekündigt, dass sie den Vorfall untersuchen werden. In der Nacht zum 12.01.22 wurde der Neurochirurg und Präsident der Taekwondo Föderation Afghanistan Najibullah Sekandar in Kabul entführt. Weitere Details sind bislang nicht bekannt. Am 16.01.22 hätten erneut Frauen in Kabul für ihre Rechte und gegen die aktuellen Tötungen von Frauen (siehe oben) demonstriert. Die Taliban seien mit Tränengas dagegen vorgegangen und hätten drei Frauen in Gewahrsam genommen. Am 16.01.22 berichtete die Gewerkschaft der afghanischen Journalisten, dass 90% ihrer Mitglieder sagen, die Berichterstattung aus dem Land werde zensiert und eine unabhängige Berichterstattung sei nicht möglich.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

In der Stadt Firuzkuh in der Provinz Ghorgebe es seit dem 10.01.22 nach vier Monaten wieder Strom, aktuell für fünf Stunden täglich. Die USA haben am 11.01.22 weitere 308 Mio. USD an humanitärer Hilfe für Afghanistan zugesagt. Außerdem wollen sie eine Mio. COVID-19-Impfdosen spenden. Es wird berichtet, dass die Taliban Weizen aus humanitären Hilfslieferungen nutzen, um Regierungsangestellte, die seit Monaten keinen Lohn erhalten haben, damit zu bezahlen. Die afghanische Zentralbank hat am 13.01.22 berichtet, dass die Geldautomaten der Banken ab dem 15.01.22 wieder für die Bevölkerung zur Verfügung stehen würden. Es wurde aber nichts über die Höhe der möglichen Abhebung gesagt, welche bislang 200 USD pro Woche beträgt. Am 13.01.22 forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Guterres, dass die in den USA eingefrorenen Reserven freigegeben werden sollten, um einen wirtschaftlichen Kollaps des Landes zu vermeiden. Nepal habe am 16.01.22 14 Tonnen an humanitären Hilfsgütern nach Afghanistan geliefert.

24. Januar 2022

Sicherheitslage

Am 16.01.22 wurde berichtet, der Aufstand von usbekischen Taliban gegen die Verhaftung eines Kommandeurs in der Provinz Faryab sei beendet. Dennoch haben die Taliban am 17.01.22 2.500 Soldaten in die angrenzende, nördliche Provinz Sar-e-Pul geschickt. Am 17.01.22 haben die Taliban Waffenlager des aufständischen Hazara-Generals Alipoor in der Provinz Wardak ausgehoben. Am 18.01.22 ist im Pandschschirtal eine Magnetmine an einem Fahrzeug der Taliban explodiert, dabei wurden sieben Taliban-Kämpfer getötet und einige weitere verletzt. Die Nationale Widerstandsfront um Ahmad Massoud hat die Verantwortung dafür übernommen. Nach eigenen Angaben hatte die Gruppe bereits am 16.01.22 einen Checkpoint der Taliban in der Provinz Takhar angegriffen und drei Personen getötet. Die Taliban bestätigten einen Angriff, erklärten aber, es sei niemand getötet worden. Am 19.01.22 wurden ein Kommandeur der Taliban, sein Sohn und drei weitere Zivilisten im Osten der Provinz Kunar erschossen. Der Täter sei von den Taliban zum Islamischen Staat in der Provinz Khorasan (ISKP) übergelaufen. Der ISKP bekannte sich am 23.01.22 zu einem Anschlag auf einen Minivan in der Stadt Herat, bei dem sechs Menschen getötet und neun weitere verletzt wurden.

Regierungsführung

Der von den Taliban ernannte Innenminister Sirajuddin Haqqani hat die Polizei in Kabul am 18.01.22 dazu aufgerufen, Menschen nur in Absprache mit dem Ministerium zu bestrafen, die Amnestie für ehemalige Regierungsmitarbeitende einzuhalten und zu Unrecht Verhaftete freizulassen. Am 19.01.22 haben die Taliban eine erste Wirtschaftskonferenz abgehalten, bei der der Premierminister Mullah Muhammad Hassan Akhund seine erste öffentliche Videoansprache in der Position hielt. Er bezeichnete die Sanktionen gegen Afghanistan als Menschenrechtsverletzungen und bat um humanitäre Hilfe. Der stellvertretende Premierminister Abdul Salaam Hanafi betonte, dass Afghanistan in Zukunft nicht mehr von ausländischer Hilfe abhängig sein soll. Der Finanzminister Hidayatullah Badri sprach über Zoll- und Steuereinnahmen, die erhöht werden sollen. Der Außenminister Amir Khan Muttaqi warb um interne und internationale Investitionen. Deborah Lyons, Vorsitzende der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA), lobte erste Erfolge der Taliban bei der Staatsfinanzierung (eine Mrd. USD seien durch Exporte eingenommen und Staatsbedienstete bezahlt worden). In der Provinz Paktia wurden am 18.01.22 zwei Musikern von den Taliban die Haare geschnitten, verprügelt und ihre Musikinstrumente verbrannt, weil sie trotz generellem Musikverbot aufgetreten waren. In der Provinz Uruzgan wurden staatliche Angestellte am 17.01.22 dazu aufgefordert, sich nach islamischen Regeln zu kleiden, einen

Turban zu tragen und sich nicht zu rasieren. Es wird berichtet, dass die Taliban afghanischen Verlegern das Drucken von Büchern verboten haben, die sich gegen den Islam richten (trotz unspezifischer Vorgaben seien darunter z.B. Bücher von dem Iraner Abdul Karim Soroush und dem Israeli Yuval Noah Harari). Die Taliban würden laut Berichten vom 18.01.22 versuchen Kontrolle über die afghanischen Botschaften weltweit zu erlangen. Am 23.01.22 haben sich Delegierte der Taliban in Oslo (Norwegen) mit afghanischen NGO-Vertretern und Mitgliedern der US-Regierung zu Verhandlungen getroffen.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Bei einem Erdbeben in der Provinz Badghis am 17.01.22 sind mindestens 26 Menschen gestorben und ca. 800 Häuser zerstört worden. In der Provinz Ghor ist ein Mädchen bei einem Erdbeben gestorben und in Badakhshan sind drei Menschen in einem Schneesturm umgekommen. Am 23.01.22 wurde berichtet, dass aufgrund von starkem Schneefall in 15 Provinzen 42 Menschen gestorben und 76 verletzt wurden und 2.000 Häuser zerstört worden seien. Am 18.01.22 hat die erste Impfkampagne gegen Polio dieses Jahr begonnen. Ein zentraler Geldwechselmarkt in Kabul wurde am 18.01.22 geschlossen. Dort gab es fest installierte Geldwechselstuben und unabhängige Händler. Auf dem Markt wurde der Wert des Afghani (AFN) maßgeblich bestimmt. Es gibt keine Informationen ob und wann der Markt wiedereröffnet werden soll. Laut einem Bericht vom 19.01.22 hätten ca. 500.000 Menschen seit der Machtübernahme ihre Arbeit verloren. Die EU habe am 20.01.22 Hilfsprojekte im Land im Rahmen von 268 Mio. EUR initiiert. Seit dem 21.01.22 verfüge die EU zudem wieder über eine Minimalpräsenz im Land um die Verteilung humanitärer Hilfe zu koordinieren. Am 11.01.22 hatte Australien als erstes Land die UN-Sicherheitsrats-Resolution 2615 vom 22.12.21 in nationales Recht umgesetzt. Diese ermöglicht eine Aushebelung des UN-Sanktionsregimes gegen die Taliban, um humanitäre Hilfe ins Land zu bringen. Am 21.01.22 haben US-Politiker in einem Brief an US-Präsident Biden gefordert, die eingefrorenen Reserven frei zu geben. Am 22.01.22 haben die Taliban nach eigenen Angaben mit der Verteilung von chinesischen Hilfslieferungen im Norden des Landes begonnen.

In einer Umfrage zwischen September und Oktober 2021 zu sozio-ökonomischen Lebensbedingungen unter 300 repräsentativen Afghanen (150 Frauen, 150 Männer zwischen 16 und 35 Jahren) aus den drei größten Städten Kabul, Herat und Masar-e Sharif (jeweils 100 befragte aus 10 Communities) im Auftrag der österreichischen Asylbehörden, gab es folgendes Ergebnis: ca. 70 % der Befragten fühlen sich in ihrer Gemeinde relativ sicher und hätten keine Kriminalität oder Gewalt in den Straßen erfahren, ca. 65 % der Befragten seien arbeitslos (6,5 % hätten ihre Arbeit seit der Machtergreifung verloren) und nur 23 % seien durchgehend beschäftigt, ca. 90 % von ihnen hätten ein Gehalt von weniger als umgerechnet 80 EUR im Monat, nur ca. 4 % von ihnen könnten genug Nahrung oder andere lebenswichtige Güter für ihre Familien zum Überleben bereit stellen, ca. 60 % hätten die Möglichkeit sich gegen COVID-19 zu impfen, ca. 40 % hätten Zugang zu Gesundheitsversorgung, zwischen 60 und 75 % hätten Zugang zu Trinkwasser. Die meisten leben in Eigentumshäusern aus Stein (50 %), Apartments oder Lehmhütten (Mieten liegen bei ca. 40-80 EUR im Monat, die Mieten in Herat sind günstiger als in Kabul) und nur ganz wenige in Zelten. Ca. 50 % hätten regelmäßig Strom, 30 % Internet über das Smartphone und alle Wohnungen hätten solide Dächer, Fenster und Türen. 50 % von ihnen hätten einen Ofen, Kühlschrank und fließend Wasser. Die Ergebnisse sollen laut den Machern der Studie im Lichte einer Wirtschaft im freien Fall betrachtet werden.

Proteste / Verhaftungen

Am 17.01.22 haben Ärzte und andere Angestellte eines Krankenhauses in der Provinz Takhar protestiert, weil sie seit sechs Monaten keinen Lohn erhalten haben. Am selben Tag seien in Herat zwei Personen durch Taliban an einem Checkpoint erschossen worden. Am 19.01.22 protestierten Obstverkäufer und Karrenfahrer auf dem Markt in Khost gegen die ihnen zugewiesenen Plätze. Die Taliban schossen auf die Demonstranten und verletzten dabei zwei von ihnen. Am 18.01.22 wurde in der Provinz Takhar ein Kommandeur einer Miliz, die die ehemalige Regierung gegen die Taliban unterstützt hat, von den Taliban aufgesucht, geschlagen und anschließend festgenommen. Am gleichen Tag wurden in der Provinz auch mehrere Mitglieder des afghanischen Ablegers der transnationalen islamistischen Partei Hizb ut-Tahrir festgenommen. Die Taliban beschuldigen sie mit dem ISKP zusammengearbeitet zu haben. Als Reaktion auf das Erschießen einer Frau an einem Checkpoint am 13.01.22, haben die Taliban einen Schuldigen festgenommen. Sie erklärten, es habe sich um einen Fehler gehandelt und haben der Familie 5.700 USD Entschädigung angeboten. Proteste von Frauen halten an. Neben der Forderung von Zugang zum Bildungssystem und Arbeitsmarkt, fordern einige von ihnen auch die Wiedereröffnung des Frauenministeriums und die Freigabe der afghanischen Reserven durch die USA. Am 17.01.22 warnten UN-Menschenrechtsexperten, dass Frauen zunehmend und systematisch durch die Taliban aus dem öffentlichen Leben

verbannt würden. Viele seien, laut einem neuen Bericht von Human Rights Watch über die Provinz Ghazni, dort de facto in ihren Wohnungen eingesperrt. Am 23.01.22 bekundete UNAMA Sorge um das Verschwinden von mehreren Menschenrechtsaktivistinnen in Kabul. Daraufhin erklärten die Taliban dafür nicht verantwortlich zu sein, aber sie hätten generell das Recht, gegen Dissidenten vorzugehen und Demonstrierende zu inhaftieren.

Die Taliban wiesen die zuvor geäußerte Kritik von Journalistinnen und Journalisten an der Zensur von Medien zurück. Sie betonten, dass ihnen eine freie Medienlandschaft wichtig sei. Es würde keine Zensur stattfinden, solange sich die Medien an die Prinzipien des Islams halten würden. Am 19.01.22 wurde der Journalist und ehemalige Direktor von Khawar TV in Kabul an der Tür seiner Wohnung mit einem Messer angegriffen und leicht verletzt. Am 17.01.22 berichtete das Afghanistan Analyst Network, dass die Übergriffe gegenüber der Ethnie Hazara nach einem Rückgang kurz nach der Machtübernahme nun seit November 2021 wieder zunehmen würden. Besonderes Ziel für Bombenanschläge in Kabul seien die Town-Ace Minivans, die in der Regel gut ausgebildete Hazara (Journalisten, Regierungsangestellte, NGO-Mitarbeiter) transportieren. Die Taliban beurteilen die Gefahr durch ISKP meistens als gering, sind aber nicht in der Lage effizient für die Sicherheit der Hazara zu sorgen.

31. Januar 2022

Sicherheitslage

Am 24.01. und 25.01.22 gab es im Distrikt Khost in der Provinz Baghlan Zusammenstöße zwischen den Taliban und der Nationalen Widerstandsfront (NWF). Nach unbestätigten Aussagen eines Vertreters der NWF sind dabei 20 Kämpfer der Taliban und sechs Kämpfer der Widerstandsfront getötet worden. Die Kämpfe sollen drei Tage andauert haben und die Taliban hätten als Vergeltung für ihre Toten, Familienmitglieder der Widerstandskämpfer als Geiseln genommen. Der außenpolitische Sprecher der NWF kündigt eine Offensive gegen die Taliban an, sobald der Winter zu Ende sei. Die NWF kämpfe in den Provinzen Baghlan, Balkh, Faryab und Badakhshan gegen die Taliban. Am 25.01.22 wurde berichtet, es gäbe eine Reihe ungeklärter Mordfälle in der Provinz Faryab. Am 29.01.22 wurde berichtet, ein weiterer Taliban-Kommandeur, der Tadjike Qari Wakil, sei im Zuge der internen Kämpfe der Taliban zwischen Usbeken und Paschtunen in Masar-e Sharif verhaftet worden. Es gibt Berichte in den sozialen Medien, dass die Taliban in den nördlichen Provinzen Land an Kuchi-Nomaden zuteilen, welches ursprünglich Turkmenen oder Usbeken gehöre. Am 28.01.22 seien zwei ehemalige Soldaten durch Unbekannte in der Provinz Kunduz getötet worden. Die Taliban hätten Verdächtige verhaftet. Die Kriminalitätsrate sei in der Provinz kürzlich gestiegen.

Regierungsführung

Vom 23.01. bis 25.01.22 war eine Delegation, geführt vom Taliban-Außenminister Amir Khan Muttaqi, für Gespräche in Oslo. Die Taliban haben dort Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft (Frauenrechtsaktivistinnen, Politiker und einen Journalisten) getroffen. Die Taliban haben zugesagt, den Fall von zwei verschwundenen Frauenrechtsaktivistinnen zu untersuchen, sagten jedoch gleichzeitig, dass es ihr Recht sei Menschen zu verhaften um „Menschen vor Schaden zu schützen“. Außerdem hat die Delegation der Taliban diplomatische Vertreter u.a. der USA, der EU und von Deutschland getroffen. Diskutiert wurden die humanitäre Situation und die Menschenrechtssituation in Afghanistan. Die Taliban sicherten zu, Mädchen im neuen Schuljahr (ab Ende März 2022) den Zugang zu weiterführenden Schulen zu ermöglichen. Die internationalen Vertreter betonten, dass das Treffen kein Schritt in Richtung einer diplomatischen Anerkennung der Taliban als Regierung Afghanistans sei. Laut Meldungen sei der Taliban-Geheimdienstchef Maulavi Mehdi Mujahid der Provinz Bamyan, ein ethnischer Hazara, durch den usbekischen Taliban-Kommandeur Qari Bilal ersetzt worden. Mujahid werde nach Kabul versetzt, er hatte sich zuletzt öffentlich für die Bildung von Frauen ausgesprochen.

Die Taliban haben am 26.01.22 eine Pressekonferenz über „Pressefreiheit in Afghanistan“ in Kabul verboten. Laut Berichten reisen der NWF-Anführer Ahmad Masoud und der Führer der Partei Jamiat-e Islami-ye Afghanistan, Selahuddin Rabbani, am 27.01.22 nach Moskau um dort Vertreter der Taliban zu treffen. Zuletzt hatten sich die NWF-Führer Ahmad Massoud und der Warlord Ismail Khan im Iran (der als Vermittler auftritt) mit den Taliban getroffen. Am 24.01.22 erklärten die Taliban, dass sie ein Gericht für die Verfolgung von Drogendelikten einrichten. Am 25.01.22 erklärten sie, dass sie eine Behörde für das Eintreiben und die Verwaltung von ushr (Steuer auf Landbesitz) und zakat (Vermögenssteuer) eingerichtet hätten.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Am 26.01.22 hat sich der UN-Sicherheitsrat im Rahmen des verlängerten Mandats der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) mit der Situation in Afghanistan beschäftigt. Die UNAMA-Vorsitzende Lyons und der UN-Generalsekretär Guterres betonten erneut, die Dringlichkeit zur Stützung der afghanischen Wirtschaft. Man fordere aber von den Taliban nun auch klare Zeichen und Handlungen, dass sie ihre Zusagen (z.B. Frauenrechte) an die internationale Gemeinschaft auch umsetzen. Es gebe positive (finanzielle Tragfähigkeit des Staates, Oslo-Verhandlungen), wie auch abschreckende Signale (Verhaftungen, Verschwinden von Menschenrechtsaktivistinnen). Guterres sagte, trotz Generalamnestie seien seit der Machtübernahme über 100 Personen der ehemaligen Regierung durch die Taliban getötet worden. Im Rahmen der Konferenz wurde von der UN in Kabul das Transitional Engagement Framework (TEF) aus der Taufe gehoben, welches alle Hilfsaktionen der UN im Land koordinieren und insgesamt acht Mrd. USD für das Jahr 2022 benötige (dazu zählten schon die 4,4 Mrd. USD des Humanitarian Response Plans). Weitere 3,6 Mrd. USD müssen noch eingesammelt werden, um 22 Mio. Menschen das Überleben zu sichern und für 2022 die Bereiche Bildung und Gesundheitssystem bezahlen zu können.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat eine Förderung von 405 Mio. USD für von UN-Organisationen durchgeführte Projekte in Afghanistan zugesagt. Die WHO hat abermals auf den katastrophalen Zustand des afghanischen Gesundheitssystems hingewiesen und internationale Geldgeber aufgefordert dieses zu unterstützen. Auch das Gesundheitsministerium der Taliban bittet um internationale Unterstützung. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) verteilt Getreidesamen an über eine Mio. Bauern, um den Konsequenzen der Dürre in 2021 entgegenzuwirken. Die Taliban würden laut Meldung vom 25.01.22 Hilfslieferungen missbrauchen, um Mitglieder ihres „Food for Work“-Programmes auszuzahlen. Laut einer Meldung der Welt vom 27.01.22 sollen weitere 30.000 Afghaninnen und Afghanen (Ortskräfte, Künstler, Journalisten, Wissenschaftler) durch die BRD evakuiert werden. Anfang Januar 2022 warteten noch ca. 20.000 Afghaninnen und Afghanen auf ihre zugesagte Ausreise. Laut einem richterlichen Beschluss in den USA muss das US-Justizministerium bis zum 11.02.22 über die Freigabe der eingefrorenen Reserven entscheiden. Am 29.01.22 rief der aktuelle Gesundheitsminister der Taliban die afghanische Bevölkerung zur Impfung gegen COVID-19 auf. Laut Save the Children, sind im Dezember 2021 135 Kinder an Lungenentzündung oder Unterernährung in Afghanistan gestorben.

Proteste / Verhaftungen / Gewalt gegen Zivilisten

Proteste von Frauen halten an. Am 24.01.22 haben Frauen in Daikundi gegen ethnische Diskriminierung bei der Verteilung von humanitärer Hilfe protestiert und darauf hingewiesen, dass besonders alleinstehende Frauen keinen Zugang zu Hilfsleistungen hätten. Am 26.01.22 hätten Frauen in Kabul gegen eine Posterkampagne der Taliban protestiert, wonach sie einen Schleier (Burka, Hijab) tragen sollten. Human Rights Watch hat am 26.01.22 einen Bericht veröffentlicht, in dem die Organisation auf vermehrte Gewalt (Schläge, Vergewaltigungen) der Taliban gegenüber LGBTIQ-Personen hinweist. Für viele der Befragten sei aber die Arbeitslosigkeit und der damit einhergehende Nahrungsmangel ein noch größeres Problem. Mädchen über zwölf Jahren würden laut Amnesty International vom 25.01.22 seit nun mehr als 130 Tagen nicht zur Schule gehen.

07. Februar 2022

Sicherheitslage

Der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Afghanistan, Zamir Kabulov, erklärte gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS am 01.02.22, dass eine große inländische Offensive von Gegner der Taliban im Frühjahr 2022 nicht ausgeschlossen sei. Die National Resistance Front (NRF) hatte dies bereits für das Ende des Winters angekündigt (vgl. BN v. 31.01.22).

Laut Meldung vom 30.01.22 seien Polizei- oder Regierungsgebäude in den Distrikten Dara in Panjshir und Salang in der Provinz Parwan von Raketen getroffen worden. Der Taliban-Polizeichef aus Parwan machte die NRF für die Angriffe verantwortlich. Lokale Taliban-Vertreter in der Provinz Panjshir haben die beiden Vorfälle jedoch bestritten.

Am 31.01.22 wurden unbestätigten Meldungen in den sozialen Medien zufolge, in der Provinz Kunar zwei Taliban vom Islamischen Staat in der Provinz Khorasan (ISKP) getötet. Am 04.02.22 wurde berichtet, dass seit der Machtübernahme der Taliban separatistische Kämpfer aus der pakistanischen Provinz Balochistan, die Afghanistan

bisher als Rückzugsort nutzten, vermehrt durch die pakistanische Regierung mit Hilfe der Taliban in Afghanistan verfolgt werden. Am 07.02.22 hätten sich ca. 50 ISKP-Kämpfer den Taliban in der Provinz Nangarhar ergeben. Die Taliban widersprachen am selben Tag einem UN-Bericht, nach welchem Al-Qaida-Mitglieder aktiver würden und sich nun freier in Afghanistan bewegen könnten.

Regierungsführung

Laut Meldung vom 31.01.22 werden die Taliban eine Kommission gründen, nach dem Besuch des pakistanischen nationalen Sicherheitsberaters in Kabul. Sie soll sich mit der Situation an der Grenze zu Pakistan befassen. Hauptthema ist der Bau eines Grenzzauns durch pakistanische Behörden.

Die Taliban haben am 02.02.22 staatliche Universitäten in den Provinzen Laghman, Nangarhar, Kandahar, Nimroz, Farah und Helmand wiederöffnet. Weitere in den anderen Provinzen sollen am 26.02.22 folgen. Auch Frauen seien wieder zugelassen, aber nur sehr wenige seien gekommen. Al Jazeera und andere Zeugen berichteten, dass eine kleine Gruppe von Frauen, die Ganzkörperschleier oder Burkas trugen, am 02.02.22 die Laghman-Universität betraten. Taliban-Kämpfer bewachten den Eingang mit einem auf einem Stativ montierten Maschinengewehr. Journalisten hätten in der Universität keinen Zutritt bekommen und Studenten seien von den Taliban gewarnt worden, nicht mit der Presse zu reden. Männer und Frauen würden getrennt voneinander unterrichtet.

Die Taliban haben auf ihrer 22. Kabinettsitzung am 01.02.22 beschlossen, dass Steuereinnahmen nur transparent über Banken abgewickelt und Buslinien für Bürger zwischen Jalalabad und Peshawar, sowie von Kandahar nach Quetta wiedereröffnet werden sollen. In der Provinz Paktika haben Bürger in Läden und auf Märkten am 01.02.22 die alte Flagge der Republik wieder gezeigt, nachdem der Pressesprecher der Taliban auf Twitter angekündigt haben soll, die alte Flagge möglicherweise wieder als Nationalflagge verwenden zu wollen. Taliban vor Ort hätten die Flaggen wieder abgehängt, aber niemanden geschlagen.

Am 02.02.22 haben die Taliban erklärt, dass die Passausgabe in der Provinz Pandschir für zwei Wochen unterbrochen wird. Als Gründe wurden technische Probleme und Anweisungen der Zentralregierung genannt. Die Taliban äußerten auf einer Pressekonferenz am 03.02.22, sie hätten in den letzten fünf Monaten 759.000 elektronische Identitätskarten (eIDs) an Bürger ausgegeben. Täglich würden in 20 Verteilungszentren landesweit 16.000 eIDs ausgegeben.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Die staatliche Ölproduktionsfirma Spinzar in Kunduz hat am 02.02.22 mit Hilfe des Finanzministeriums ihre Arbeit an ca. 3.000 Arbeitsplätzen wiederaufgenommen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Soziales erklärte am 01.02.22, dass aktuell nur neun der 68 staatlichen Waisenhäuser geöffnet seien. Die Waisenhäuser sollen wiedereröffnet werden, wenn finanzielle Mittel verfügbar sind. 36 private Waisenhäuser sind weiterhin in Betrieb.

Laut Meldung vom 03.02.22 hätten seit der Machtübernahme ca. 230 Professoren und Lehrende an Universitäten Afghanistan verlassen. Die meisten hätten an der Kabuler Universität unterrichtet.

Ebenfalls am 03.02.22 berichtete der Sondergeneralinspektor für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR) in seinem 54. vierteljährlichen Bericht an den US-Kongress, dass die Hälfte der Bevölkerung vor „einem Tsunami des Hungers“ stehe. Die US-Regierung habe am 03.02.22 internationalen Banken erlaubt, Gelder zu humanitären Zwecken nach Afghanistan zu überweisen. Am 06.02.22 wurde berichtet, dass in der Provinz Badakhshan 74 Kinder an Masern gestorben seien.

Am selben Tag berichtete die New York Times, das afghanische Gesundheitssystem stehe vor dem Kollaps. Am 05.02.22 hat der Türkische Rote Halbmond angekündigt, 800 Tonnen an humanitärer Hilfe nach Afghanistan zu liefern.

Proteste / Verhaftungen

Laut Meldung vom 01.02.22 sollen in den Provinzen Kabul und Jowzjan Taliban Ladenbesitzern, die Frauenunterwäsche verkaufen, mit Verhaftung gedroht haben, weil der Verkauf gegen die Scharia verstoße.

Am 01.02.22 forderte der UNHRC die Taliban auf, sechs Frauen unverzüglich freizulassen, die nach Protesten verschwunden sind. Am selben Tag sei die Aktivistin und Journalistin Mursal Ayar durch Taliban in Kabul verhaftet worden, weil sie bei Frauenprotesten aktiv gewesen sei.

Ebenfalls am 01.02.22 wurde ein Journalist in Kabul von den Taliban verhaftet und verprügelt, weil er über die Wiedereröffnung der Universitäten berichtet hatte. Am 31.01.22 wurden Islam Hejam und Wares Hasrat, zwei

Journalisten des Fernsehsenders ArianaNews, von den Taliban festgenommen. Die Festnahmen erfolgten einen Tag, nachdem ein Gast das Taliban-Regime während einer von ArianaNews live übertragenen Debatte kritisiert hatte. Ein Ausschnitt der Debatte wurde in den sozialen Medien weit verbreitet. Amnesty International und UNAMA forderten die Taliban dazu auf, sie sofort wieder freizulassen. Dies sei am 02.02.22 geschehen. Reporter ohne Grenzen berichtete am 05.02.22, dass zunehmend Journalisten durch die Taliban diskriminiert würden. Seit der Machtübernahme seien ca. 50 Medienschaffende inhaftiert worden. 318 Medienunternehmen hätten im letzten halben Jahr geschlossen und nur noch ca. 2.300 Journalisten (von einst ca. 5.000) wären noch aktiv.

Der Aktivist Fayaz Ghor sei am 03.02.22 in Herat festgenommen worden. Ehemalige Regierungsmitarbeiter und Veteranen der Armee haben protestiert, weil sie seit der Machtübernahme der Taliban keine Rente mehr erhalten haben. Die Taliban haben angekündigt, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Am 05.02.22 sei ein Professor in der Provinz Kapisa von seinem Posten zurückgetreten, weil er von anderen Professoren der Blasphemie bezichtigt wurde. Er hatte sich gegen ethnische Diskriminierung im Land ausgesprochen. Die Taliban haben sich am 02.02.22 mit der Regierung in Qatar verständigt, weitere Evakuierungsflüge aus Kabul anzubieten. Laut der New York Times seien in den letzten vier Monaten über eine Mio. Afghanen ausgewandert (vor allem nach Iran und Pakistan).

14. Februar 2022

Sicherheitslage

Bei einer Bombenexplosion vor einer Moschee in der Provinz Badghis sind am 11.02.22 eine Person getötet und 14 weitere Zivilisten verletzt worden. Der Islamische Staat der Provinz Khorasan (ISKP) hat sich zu dem Anschlag bekannt. Am 07.02.22 wurden fünf pakistanische Soldaten an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan erschossen. Die Tehrik-e Taliban Pakistan (TTP) haben die Verantwortung übernommen. Pakistanische Behörden erklärten, die Schüsse seien von afghanischem Territorium abgegeben worden. Die Taliban haben widersprochen. Laut dem 29. Bericht des Analytical Support and Sanctions Monitoring Team der UN vom 03.02.22 habe der Sohn Osama bin Ladens, Abdullah, die Taliban im Oktober 2021 in Afghanistan besucht und al-Qaida und auch ISKP würden sich im Land rekonstituieren. Generell könnten sich Terrorgruppen relativ frei im Land bewegen. Die Zahl der ISKP-Kämpfer in Afghanistan sei Ende 2021, nach der Befreiung von Gefängnisinsassen durch die Taliban, von 2.200 auf ca. 4.000 Mann angestiegen. Am 07.02.22 haben die Taliban diesem UN-Bericht, nach dem die Taliban keine Maßnahmen gegen den Aufenthalt von internationalen Terroristen in Afghanistan treffen, widersprochen. Die Taliban erklärten, sie würden sich an das Doha-Abkommen – eine im Februar 2020 zwischen den USA und den Taliban geschlossene Friedensvereinbarung – halten und keine Bedrohung eines anderen Landes von Afghanistan auslassen. Die USA haben am 07.02.22 eine Belohnung von zehn Mio. USD auf den Kopf des ISKP-Anführers, Sanaullah Ghafari, auch bekannt als Shahab al-Muhajir, ausgesetzt.

Regierungsgeschäfte

Die Taliban haben am 09.02.22 Professoren, die ins Ausland geflohen waren, dazu aufgerufen wieder nach Afghanistan zurückzukehren. Am 06.02.22 erklärten die Taliban, sie hätten die Prozesse der staatlichen Behörden in Kabul untersucht und hätten so große Einsparungen machen können. In den kommenden Monaten sollen Evaluierungen in den Provinzen vorgenommen werden. Abdul Salam Hanafi, der zweite Stellvertreter des Premierministers verkündete, es gäbe seit der Machtübernahme der Taliban keine Korruption mehr. Das Kabinett der Taliban hat in einer Sitzung am 07.02.22 beschlossen, dass in Zukunft alle Sim-Karten registriert werden müssen.

Es gibt Konflikte über die Vertretung Afghanistans bei der UN. Die Taliban haben Suhail Shaheen als Geschäftsträger der Ständigen Vertretung ernannt. Der ehemalige Außenminister Hanif Atmar hingegen erklärte, dass der Stellvertreter des zurückgetretenen Positionsinhabers Ghulam Mohammad Isaczai, Mohammad Wali Naeemi, nun bereit sei die Position zu übernehmen.

Laut Berichten wurde allen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Provinz Kandahar ihre Arbeit verboten. Die anonymen Quellen sagen, ihnen wäre bei Zuwiderhandlung mit einer Gefängnisstrafe gedroht worden.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Am 11.02.22 erklärte US-Präsident Biden die in den USA eingefrorenen Reserven von ca. sieben Mrd. USD der afghanischen Zentralbank für beschlagnahmt. Die Hälfte davon soll an Opfer von 9/11 gehen, die andere Hälfte direkt an die afghanische Bevölkerung. Die Taliban bezeichneten dies als Diebstahl.

Ein Sprecher der Taliban hat sich bei der Türkei für die geleistete humanitäre Hilfe bedankt und betont, gute Beziehungen zu dem Land aufbauen zu wollen. Am 07.02.22 war ein Zug mit 750 Tonnen Hilfsgüter in Herat angekommen. Bei einer Konferenz in Genf, organisiert durch die NGO Geneva Call, trafen Vertreter der Taliban und von internationalen Organisationen und mehreren europäischen Staaten aufeinander, um die humanitäre Lage in Afghanistan zu besprechen. Die Taliban bezeichneten die bis zum 12.02.22 geführten Verhandlungen als erfolgreich. Am 08.02.22 haben Geldwechsler in Kabul einen Streik begonnen, nachdem sie von der afghanischen Zentralbank dazu aufgefordert wurden, sich neue Lizenzen zu verschaffen.

Laut einem Bericht vom 13.02.22 würden durchschnittlich täglich bis zu acht unterernährte Kinder im Indira Gandhi Krankenhaus in Kabul eingeliefert werden.

Verhaftungen / Migration

Am 12.02.22 wurden zwei Journalisten und vier seit Mitte Februar 2021 vermisste Frauenrechtsaktivistinnen durch die Taliban frei gelassen. Laut einem Bericht des Guardian vom 13.01.22 sind in Kabul weiterhin 29 Frauen und deren Familien durch die Taliban inhaftiert. Andere Frauen berichten, dass sie, nachdem sie bei Protesten von den Taliban kurzzeitig festgehalten wurden, aufgefordert wurden, nicht wieder an Protesten teilzunehmen. Sky News berichtete am 07.02.22 aus einem Gefängnis in Herat. Dort seien die Zellen überfüllt und Insassen erklärten, sie seien Mitarbeiter der ehemaligen Regierung gewesen und würden ohne Gerichtsverfahren seit Monaten festgehalten. Auch Kinder seien beispielsweise für das Stehlen eines Fahrrades seit mehreren Wochen inhaftiert. Nach lokalen Berichten sind seit der Machtübernahme der Taliban ca. 100 Personen, die die Grenze zwischen Afghanistan und Iran illegal überqueren wollten, von iranischen Sicherheitskräften erschossen worden. Das Amt für Flüchtlinge und Rückkehrer in Herat hat erklärt, dass in dieser Zeit mehr als 460 Personen mit Verletzungen am Grenzübergang Islam Qala nach Afghanistan zurückgekehrt seien.

21. Februar 2022

Sicherheitslage

Die Taliban haben am 16.02.22 drei neue Militäreinheiten mit ca. 4.400 Soldaten in Grenzprovinzen (Farah, Badghis und Badakhshan) im Nordosten, Westen und Norden des Landes eingerichtet. Die Taliban haben zudem am 13.02.22 eine neue militärische Spezialeinheit mit 200 Soldaten gegründet. Bewohner von Dörfern an der Grenze zu Pakistan in der Provinz Kunar berichten, dass sie ihre Häuser wegen Raketenbeschuss aus Pakistan verlassen mussten.

Es wird berichtet, dass am 14.02.22 im Distrikt Nasi in der Provinz Badakhshan eine Frau und ein Mann als Strafe für eine außereheliche Beziehung öffentlich durch die Taliban gesteinigt wurden.

Bewohner der Provinz Pandschir berichten von häufiger Belästigung durch die Taliban, etwa durch willkürliche Hausdurchsuchungen und gewalttätige Übergriffe. Immer mehr Menschen würden die Provinz deswegen verlassen. Es wird ein Beispiel genannt, in dem 26 von 40 Familien aus einem Dorf im Distrikt Rokha ihre Häuser verlassen haben.

Am 15.02.22 wurde ein Arzt in der Provinz Baghlan durch Unbekannte getötet. Die Ärztekammer Afghanistan berichtet über zunehmende Angriffe gegen Ärzte. Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung im Privathaus eines hohen Vertreters der ehemaligen Regierung am 13.02.22 sind zwei Menschen gestorben. Nach offiziellen Angaben soll es sich um einen familiären Konflikt gehandelt haben. Ein Auto mit Familienangehörigen des ehemaligen Kommandeurs Habib Afghan wurde am 14.02.22 in der Provinz Kapisa von unbekannten Bewaffneten angegriffen. Fünf Personen starben in der Auseinandersetzung. Zwei Personen wurden verhaftet. Laut unbestätigten Meldungen aus den sozialen Medien, hatte der Taliban-Führer Qari Baryal angeordnet das Haus des Kommandeurs zu räumen.

Regierungsgeschäfte

Sowohl Kabinettsmitglieder als auch Provinzgouverneure sind ein halbes Jahr nach der Machtübernahme zu über 80 % Paschtunen und Taliban-Mitglieder. Hazaras und Frauen haben keinen Platz im Kabinett und keine Stellen als

Gouverneure inne. Es wird zudem berichtet, dass die Taliban Nicht-Paschtunen (insbesondere Hazaras) und Frauen aus öffentlichen Ämtern entfernen und mit Paschtunen besetzen (z.B. in der Kabuler Generaldirektion für Öl und Gas, in der Generaldirektion für Verkehr). In der Provinz Bamyan seien der Direktor und der Vizekanzler der Universität, beide Hazaras, abgesetzt worden.

Die Verkehrspolizei der Provinz Parwan meldet, dass sie in den letzten elf Monaten 2,3 Mio. AFN (ca. 22.000 EUR, Stand: 21.02.22) eingenommen hat. Trotzdem haben die Angestellten in den letzten sieben Monaten keinen Lohn erhalten. Die Taliban kündigten an, die Löhne zeitnah auszuzahlen. Bei der Verkehrspolizei in der Provinz Balkh haben 30 Angestellte ihre Arbeit niedergelegt, weil sie seit sieben Monaten kein Gehalt bekommen haben.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Am 14.02.22 veröffentlichte die Taliban-Regierung ein Statement, in dem sie die Entscheidung der USA die eingefrorenen Gelder zur Hälfte an Opfer der Anschläge von 9/11 zu verteilen, verurteilen und kündigten an, ihre Politik gegenüber den USA zu ändern, sollte die Entscheidung nicht revidiert werden. Am 15.02.22 protestierten Geldwechsler in Kabul und einigen anderen Städten gegen die amerikanische Entscheidung und Frauenrechtsaktivistinnen schrieben einen offenen Brief an US-Präsident Joe Biden, in dem sie ihn auffordern die Entscheidung zu überdenken.

Bei einem Treffen zwischen Vertretern der EU und der Taliban-Regierung in Doha hat die EU weitere humanitäre Unterstützung zugesagt. Dazu gehören 11 Mio. USD für den Bildungssektor. Die Delegation der Taliban hatte am 14.02.22 auch Vertreter der Golf-Staaten getroffen.

Am 20.02.22 teilte das Bildungsministerium der Taliban mit, dass das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) 100 USD pro Monat für fast 200.000 Lehrer an öffentlichen Schulen zahlen wolle.

Verhaftungen / Medien / Migration

Am 14.02.22 wurde nach eigenen Angaben ein BBC-Journalist, der vor einer Woche mit acht weiteren Kollegen in Kabul verhaftet wurde, von den Taliban frei gelassen. Die Familie eines ehemaligen Angestellten des Verteidigungsministeriums gibt an, dass er am 12.02.22 ohne gerichtlichen Beschluss von den Taliban verhaftet und nach fünf Tagen wieder freigelassen worden sei. Die Taliban wiesen die Vorwürfe zurück und kündigten an, den Vorfall zu untersuchen.

Nach Angaben von Frauenrechtsaktivistinnen wurden am 13.02.22 zwei Frauen – eine davon mit ihren zwei Kindern – durch die Taliban verhaftet. Details um die wochenlange Haft der vier am gleichen Tag freigelassenen Aktivistinnen bleiben unklar, da die Taliban keine Erklärung abgegeben haben und die Frauen angeben, unter Druck gesetzt worden zu sein, keine Aussagen zu machen. In den sozialen Medien kursieren unverifizierte Videos, die durch die Taliban erzwungene Geständnisse von Frauen nach Protesten zeigen sollen.

Es wird berichtet, dass über 300 Medien, davon mindestens 86 Radiosender, ihre Programme seit der Machtübernahme der Taliban eingestellt haben. Aufgrund der ausbleibenden internationalen Förderung, der schlechten wirtschaftlichen Situation und der politischen Einschränkungen werden weitere Schließungen erwartet. Die Nachfrage nach Schleusern, die Menschen helfen die Grenzen nach Iran und Pakistan illegal zu überqueren, steigt. Als Grund werden die Schwierigkeiten bei der Passausgabe und der Beantragung von Visa genannt. Da gleichzeitig die Grenzen in die beiden Länder stärker gesichert sind, sind auch die Preise von Schleusern um das Zwei- bis Dreifache gestiegen.

Das US-Verteidigungsministerium berichtet am 21.02.22, dass ca. 50 der von ihnen in die USA evakuierten Afghanen dort als mögliche Sicherheitsbedrohung eingestuft werden.

28. Februar 2022

Sicherheitslage

Mullah Mohammad Shireen, ein Taliban-Kommandeur in der Provinz Bamyan, hat vor Widerstandsaktivitäten mit ausländischer Unterstützung in Bamyan gewarnt. Es wurden 1.500 Soldaten in die Provinz entsandt.

Bei einem Zusammenstoß zwischen afghanischen Taliban und pakistanischen Streitkräften am 24.02.22 in der südafghanischen Grenzstadt Spin Boldak wurden zwei Menschen getötet und 13 weitere verwundet.

Das Innenministerium hat eine neue Polizeieinheit für Kontrollpunkte in Kabul gebildet. 500 Soldaten würden an diesen stationiert. Am 25.02.22 haben die Taliban in Kabul mehrere unangekündigte Hausdurchsuchungen durchgeführt, um vermeintliche Kriminelle und Terroristen aufzuspüren und für mehr Sicherheit in der Hauptstadt

zu sorgen. Gleichzeitig hat eine Kommission der Taliban 4.500 Mitglieder der Sicherheitskräfte entlassen, einigen wurde Straffälligkeit vorgeworfen, andere seien minderjährig gewesen. Zudem teilten die Taliban mit, ihre Armee weiter auszubauen.

Verfolgungsgeschehen

Am 11.02.22 waren zehn Frauen in Kabul verschwunden. Am 21.02.22 benannten in einem Video einige der Frauen namentlich vier Frauen, die im Ausland seien und sie dazu aufgefordert hätten, an Protesten gegen die Taliban teilzunehmen. Medienberichte gehen davon aus, dass das Video und die Anschuldigungen unter dem Druck der Taliban entstanden sind. Die Frauen wurden nicht freigelassen. Die Taliban gaben an, es bestehe keine Gefahr für ihr Leben.

Am 22.02. und 23.02.22 wurden laut Medienberichten ein Mann in der Provinz Uruzgan und ein junges Paar in der Provinz Ghor als Strafe für außereheliche sexuelle Beziehungen von den Taliban öffentlich ausgepeitscht.

Der Bruder eines ehemaligen Polizeikommandeurs gab an, in Khost von den Taliban für eine Woche festgehalten und gefoltert worden zu sein.

Mindestens acht Mitarbeiter des Gesundheitswesens, darunter vier Frauen, wurden bei getrennten Angriffen von Unbekannten in den nördlichen Provinzen Kunduz und Takhar erschossen während sie Polio-Impfungen durchführten.

Am 21.02.22 wurden drei Personen in der Provinz Herat erschossen und anschließend öffentlich aufgehängt. Lokale Quellen sagen, womöglich handelt es sich um eine Strafe der Taliban für eine Entführung. Die Taliban haben die Vorwürfe nicht bestätigt.

Regierungsgeschäfte

Nachdem am 02.02.22 erste staatliche Universitäten wieder für Studenten und auch Studentinnen geöffnet wurden (vgl. BN v. 07.02.22), folgten am 26.02.22 nun 19 weitere staatliche Universitäten. Frauen und Männer werden getrennt voneinander und zu unterschiedlichen Zeiten von Lehrenden ihres jeweiligen Geschlechtes unterrichtet. Wachleute der Taliban hätten die Eingänge kontrolliert, Journalisten abgewiesen und nur wenige Frauen seien dem Aufruf gefolgt. Am 22.02.22 haben die Taliban zudem verkündet einen Plan für die Grundschulbildung (erste bis sechste Klasse) entworfen zu haben. Danach dürfen Mädchen nur von Lehrerinnen und Jungen nur von Lehrern unterrichtet werden und sie sollen nicht zur gleichen Zeit die Schule besuchen. Kleidung von Schülerinnen und Schülern soll „islamischen Gesetzen“ entsprechen, wobei die Farbe nicht relevant sei.

Die Religionspolizei der Taliban hat am 22.02.22 berufstätige Frauen in afghanischen Regierungsbehörden angewiesen, sich zu verschleiern, da sie sonst ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. In Herat haben drei Künstlerinnen mit Erlaubnis der lokalen Taliban eine Ausstellung eröffnet. Gezeigt werden vor allem abstrakte Bilder und Bilder von Tieren.

Premierminister Mohammad Hassan Akhund und mehrere andere hohe Vertreter der Taliban haben am 22.02.22 den stellvertretenden Premierminister von Usbekistan getroffen und über gemeinsame Projekte und humanitäre Hilfe diskutiert. Am 28.02.22 erklärten die Taliban, dass keine weiteren Evakuierungen mehr zugelassen würden bis sich die Lebenssituation für afghanische Flüchtlinge im Ausland verbessert hätte.

Nach Medienberichten kritisiert die Bevölkerung der Provinz Bamyān die Taliban-Regierung, da sie sich nicht um die Infrastruktur kümmere und die Verbindungsstraße zwischen Bamyān und Kabul regelmäßig von Schnee und Lawinen blockiert sei.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Deborah Lyons, die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, sagte am 23.02.22, die Organisation habe seit dem Sturz der früheren Regierung 2 Mrd. USD an Hilfe für Afghanistan bereitgestellt.

Laut dem Internationalen Roten Kreuz haben sich die Bedürfnisse für humanitäre Hilfe in Afghanistan um 30 % erhöht. 28 Mio. Afghanen bräuchten humanitäre Hilfe. Vier Mio. Kinder seien von Unterernährung bedroht. Es kommen weiterhin Hilfsleistungen in Afghanistan an, u.a. aus der Türkei und Indien. Pakistan hat gegenüber UNICEF zugesichert, dass humanitäre Hilfe durch das Land transportiert werden können.

Laut Berichten, haben Lehrerinnen und Lehrer in mehreren Provinzen Probleme die von UNICEF auf ihre Bankkonten ausgezahlten Gehälter zu empfangen, da nicht alle Banken ihre Arbeit wiederaufgenommen haben.

In der Provinz Parwan verbreiten sich vermehrt die Masern. Alleine in den letzten zwei Wochen seien 80 Fälle registriert worden. Auch aus anderen Provinzen wird von steigenden Zahlen von Masernfällen berichtet.

Internationale Beobachter warnen außerdem vor sich mehrenden Fällen von COVID-19. Gleichzeitig gibt es immer wieder Proteste vom Gesundheitspersonal, das seit Monaten keinen Lohn erhalten hat. Das Internationale Rote Kreuz hat zugesichert 10.000 Gehälter zu übernehmen. Das Personal des Mohammad-Ali-Jinnah-Krankenhauses in Kabul hat nach eigenen Angaben vom 23.02.22 seit August 2021 keine Gehälter mehr erhalten.

07. März 2022

Sicherheitslage: Hausdurchsuchungen und Widerstandsoffensive

Die Taliban haben in der Hauptstadt Kabul und in den – vorwiegend von Tadschiken und Hazara besiedelten – Provinzen Panjshir, Parwan, Balkh, Daikundi und Bamyan umfassende Hausdurchsuchungen fortgesetzt (vgl. BN v. 28.02.22). Dabei wurden u.a. Waffen konfisziert. Die Taliban sagen, sie gehen dabei gegen Kriminelle und Terroristen vor. Es gibt anderslautende Berichte, nach denen ehemalige Regierungsmitarbeitende und Sicherheitskräfte festgenommen und möglicherweise gefoltert wurden. Die Durchsuchungen wurden international verurteilt. Möglicherweise soll damit einer von der Nationalen Widerstandsfront (NWF) geplanten Frühjahrsoffensive (das persische Neujahr Nowruz beginnt am 21.03.22) vorgegriffen werden (vgl. BN v. 31.01.21).

Verfolgungslage

Die Taliban haben am 04.03.22 einen Professor in Kabul inhaftiert und am 07.03.22 wieder frei gelassen. Eine Komödiantin wird seit einem Monat vermisst. In der Provinz Kapisa ist es laut dem lokalen Tugendministerium nun offiziell verboten zu musizieren. Laut unbestätigten Meldungen aus den sozialen Medien wurden in der Provinz Kunar zwei Musikanten von den Taliban gezwungen, ihre Instrumente zu zerstören und ein junger Mann wurde von den Taliban bei einer Hochzeit im Auto erschossen, weil er Musik gespielt hatte.

Regierungsgeschäfte: Reisefreiheit und Bildung

Auf die Ankündigung von Ausreisebeschränkungen durch einen Taliban-Sprecher gab es starke internationale Reaktionen. Zunächst hieß es alle Evakuierungen seien ausgesetzt, weil afghanische Flüchtlinge im Ausland (Qatar, Türkei) so schlechte Lebensbedingungen hätten (vgl. BN v. 28.02.22). Am 01.03.22 erklärte der Sprecher aber Besitzer legaler Reisedokumente könnten das Land ungehindert verlassen. Nur illegale Migration solle verhindert werden. Frauen dürfen nur mit männlicher Begleitung und einem triftigen Grund ausreisen. Gleichzeitig veröffentlichte das Nachrichtenportal „8am“ ein Dokument der für die Grenzsicherheit zuständigen Behörde des Innenministeriums, das Sicherheitskräfte an den Landgrenzen und Flughäfen auffordert, die Ausreise ehemaliger Angestellter der NATO und der amerikanischen Armee zu verhindern.

Die wenigen zurückgekehrten Studierenden an den wiedereröffneten staatlichen Universitäten beklagen einen Mangel an Dozierenden (weil viele das Land verlassen haben), Einschränkungen durch die Taliban (z.B. Kleidungsvorschriften), das Verbot der Nutzung von Smartphones und Kameras, mangelnde finanzielle Mittel und fehlende berufliche Perspektiven (vgl. BN v. 28.02.22).

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Deborah Lyons, die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, sagte am 02.03.22 vor dem UN-Sicherheitsrat, dass man 20 Mio. Afghanen in 397 von 401 Distrikten über den Winter mit humanitärer Hilfe versorgt habe. Dies habe aber nur etwas Zeit gekauft und sei noch keine langfristige Lösung. Damit der nächste Winter nicht wieder so katastrophal werde, müsse nun die Wirtschaft aufgebaut werden. UNAMA werde dafür mit der De-facto-Regierung der Taliban zusammenarbeiten. Am 02.03.22 beschloss die Weltbank eine Mrd. USD aus den in den USA eingefrorenen Reserven für humanitäre Hilfe in Afghanistan nutzen zu wollen.

14. März 2022

Sicherheitslage: ISKP, zivile Opfer und interne Kämpfe der Taliban

Am 04.03.22 wurde berichtet, die Taliban hätten zwei bekannte usbekische Kommandeure, die im Norden aktiv waren, entlassen. Möglicherweise schwächen die Taliban weiter den Einfluss der Usbeken innerhalb ihrer Gruppe zu Gunsten der Paschtunen (vgl. BN v. 31.01.22).

Der UN-Menschenrechtsrat berichtet von mindestens 1.153 zivilen Opfern von Gewalt (397 getötet und 756 verletzt) seit der Machtübernahme der Taliban bis zum 15.02.22. 80 % der Opfer seien durch Anschläge von und

Auseinandersetzungen mit dem Islamischen Staat der Khorasan Provinz (ISKP) zu Schaden gekommen. Die Informationslage zu Aktivitäten des IS in Afghanistan ist u.a. wegen der Zensur durch die Taliban sehr schlecht. Ein Gründungsmitglied von ISKP, Abdul Rahim Muslim Dost, hat sich am 04.03.22 offiziell den Taliban angeschlossen. Er hatte schon Ende 2015 ISKP verlassen, aber weiter dem IS-Führer al-Baghdadi die Treue geschworen. Der ISKP erklärte am 05.03.22, ein afghanischer Islamist, Jalib al-Kabuli, sei für den Anschlag auf eine schiitische Moschee in Peshawar (Pakistan) am 04.03.22 mit ca. 60 Toten und 200 Verletzten verantwortlich. ISKP wolle Angriffe in Pakistan verstärken, um so über die pakistanische Regierung Druck auf die afghanischen Taliban auszuüben.

Verfolgungslage: Medienzensur und Inhaftierungen

Am 07.03.22 hat Human Rights Watch einen Bericht veröffentlicht, der auf die starke Einschränkung der Medien hinweist. Journalisten wurden bedroht, geschlagen und willkürlich für mehrere Stunden bis Tage festgehalten. Als Konsequenz würde es fast nur noch von den Taliban autorisierte Nachrichtenmeldungen geben. Über Themen wie Opiumproduktion, Aktivitäten von Militär und Polizei sowie Protest dürfe nicht berichtet werden und Journalisten publizieren ihre Berichte oft nur nach vorheriger Genehmigung durch die Taliban. Journalistinnen hätten außerhalb von Kabul de facto kaum noch Möglichkeiten ihrer Arbeit nachzugehen.

Eine Unterhaltungskünstlerin ist von den Taliban nach 24 Tagen unbegründeter Haft am 09.03.22 frei gelassen worden (vgl. BN v. 07.03.22). In Kabul wurden zwei Brüder, ein Sportler und ein Arzt, durch den Geheimdienst der Taliban ohne Angabe von Gründen festgenommen.

Regierungsgeschäfte: Nowruz-Verbot und Tugendvorschriften

Die Passausgabe in Kabul ist abermals für mehrere Tage unterbrochen. Nach offiziellen Angaben sind die Kapazitäten ausgelastet.

In der Provinz Ghor hat die regionale Abteilung des Tugendministeriums „unnötige Erinnerungsfotos“ sowie die Rasur von Bärten verboten. In Kapisa, wo ein lokales Musikverbot erlassen wurde, haben die Taliban Häuser nach Musikinstrumenten durchsucht. Das persische Neujahrsfest Nowruz ist durch die Taliban als unislamisch landesweit verboten worden.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Trotz anhaltender humanitärer Hilfe ist laut UNICEF nach wie vor jedes zweite Kind unter fünf Jahren akut unterernährt. Der Nachrichtensender Ariana News berichtet, dass zurzeit alleine in einem Kabuler Krankenhaus täglich durchschnittlich acht Kinder an Unterernährung sterben. Auch das Famine Early Warning System hat vor steigender Angewiesenheit auf humanitäre Hilfe hingewiesen. Gründe dafür sind Arbeitslosigkeit und schlechte Bedingungen für die Landwirtschaft durch ausbleibende Schneefälle vor allem in den nördlichen Provinzen.

Kämpfe an afghanisch-iranischer Grenze

Afghanische und iranische Medien melden Spannungen an der afghanisch-iranischen Grenze im Abschnitt zwischen der afghanischen Provinz Nimruz und dem iranischen Sistan und Belutschistan. Auslöser waren demnach Reinigungsarbeiten iranischer Bauern am 05.03.22 am Oberlauf des Bewässerungskanal Sheikh Sar an der Grenze des afghanischen Distrikts Kang zum Iran. Die Taliban intervenierten und behaupteten, der Kanal gehöre zu Afghanistan. Ein iranischer Bulldozer sei anschließend von der afghanischen Seite aus beschossen worden. Die Taliban sollen dabei schwere Waffen eingesetzt haben. Unbestätigten Berichten zufolge sollen vier iranische Grenzsoldaten bei dem Vorfall ums Leben gekommen sein. Internationale Medien berichteten ebenfalls von den Kämpfen. Dabei wurde jedoch betont, dass es keine Opfer gegeben habe. Am 07.03.22 besuchte der Taliban-Verteidigungsminister Mullah Yaaqub die Grenzregion, um sich ein Bild von der Lage zu machen.

Bereits am 01.12.21 war es zu einem ähnlichen Zwischenfall gekommen als iranische Bauern mutmaßlich die Grenze zwischen beiden Ländern überquert hatten.

Es gibt seit längerem einen Disput in der Region über die Wassernutzung des Helmandflusses, welcher von Afghanistan durch den Kamal Khan Damm gestaut wird aber auch grenzüberschreitend die iranische Region Sistan und Belutschistan mit Wasser versorgt.

21. März 2022

Regierungsführung: Inklusion

Es wurde wiederholt der Vorwurf der ethnischen Diskriminierung laut, als lokale Taliban am 13.03.22 das persische Wort „Daneshgah“ (Universität) auf dem Schild einer Universität in der Stadt Balkh entfernten. Der Führer der Taliban, Hibatullah Akhunzada, erließ daher am 15.03.22 ein Dekret mit 14 Punkten, welches die Taliban-Truppen u.a. dazu aufrief alle Ethnien gleich zu behandeln. Andere Ethnien sind nach wie vor besorgt, dass sie fast ausschließlich von Paschtunen regiert werden (die nur 34 % der Bevölkerung ausmachen). Mitglieder der Hazaras haben am 14.03.22 in Kabul ihres, 1995 von den Taliban ermordeten, Anführers Abdul Ali Mazari gedacht und die Taliban aufgerufen eine inklusive Regierung zu bilden. Auf einer Versammlung in der Stadt Bannu im südlichen Khyber Pakhtunkhwa in Pakistan, forderten am 14.03.22 aber auch Paschtunen – unter Beteiligung der Tahafuz-Bewegung – allgemeine Wahlen für eine repräsentative und inklusive Regierung in Afghanistan. Am 17.03.22 haben die Taliban daher eine Kommission eingesetzt, die einen Weg für die Rückkehr der geflohenen politischen Führer Afghanistans ebnen soll.

Verfolgungslage

Seit der Machtübernahme der Taliban sind laut der Zeitung Etilaatroz vom 16.03.22 in der Provinz Ghor mindestens 25 Menschen, darunter Soldaten der ehemaligen Armee und Zivilisten, getötet worden. Unter Berufung auf soziale Medien wird berichtet, die Taliban hätten einen Mann im Pandschschirtal gefoltert und ermordet, der an einem Protest gegen die Taliban teilgenommen hatte. Zwei Angehörige der ehemaligen Armee wurden am 13.03.22 in der Provinz Farah und der Provinz Ghor von Unbekannten erschossen

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Laut einem am 15.03.22 veröffentlichten Bericht der Weltbank zu Lebensbedingungen in Afghanistan, ist die Zahl der Arbeitssuchenden gestiegen, während gleichzeitig Löhne gesunken sind. Außerdem seien 37 % der befragten Haushalte nicht in der Lage, ihre grundlegende Ernährung zu finanzieren. Viele von ihnen hätten keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu humanitärer Hilfe. Am gleichen Tag warnte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, vor schwindender Aufmerksamkeit für die humanitäre Katastrophe in Afghanistan. Laut dem Welternährungsprogramm steigt die Zahl der akut hungerleidenden Menschen weiter auf aktuell 23 Mio. Gleichzeitig wirkt sich der Krieg in der Ukraine schon auf die Mehlpreise aus. Das Ministerium für Öffentliche Gesundheit zeigte sich ob der steigenden Säuglingssterblichkeitsrate, die wahrscheinlich durch Armut und schlechten Zugang zum Gesundheitssystem bedingt sei, besorgt. Seit Anfang 2022 seien ca. 13.700 Neugeborene gestorben.

28. März 2022

Verfolgungslage / Bildung für Mädchen wird weiterhin blockiert

Ein neuer Report von Amnesty International vom 21.03.22 weist auf willkürliche Gewalt und Verhaftungen durch die Taliban hin. Im Januar und Februar 2022 seien mindestens 60 Personen, unter ihnen auch Kinder, willkürlich verhaftet worden. Besonders betroffen sind protestierende Frauen, ehemalige Politiker und Regierungsmitarbeitende sowie Journalistinnen und Journalisten. Wahrscheinlich seien weit mehr Personen betroffen, da die Medienberichterstattung stark eingeschränkt ist. Am 24.03.22 haben die regionalen Tugendministerien der Taliban in den Provinzen Bamiyan und Balkh offizielle Dekrete erlassen, welche Frauen, die keine Vollverschleierung (Burka) tragen, das Betreten von Regierungsgebäuden untersagen. In Bamiyan dürften männliche Beamte ihre Bärte nicht rasieren und müssten bei der Arbeit einen Turban tragen. Zuvor waren diese Vorschriften nur inoffiziell gültig. Wer dem zuwider handle, müsse mit schweren Konsequenzen rechnen.

Trotz der Ankündigungen der Taliban, dass Mädchen ab der sechsten Klasse mit Beginn des neuen Schuljahres am 22.03.22 wieder zur Schule gehen dürfen, sind die meisten weiterführenden Schulen für Mädchen geschlossen geblieben. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Bakhtar müssen von den Taliban noch Pläne für den Unterricht in Übereinstimmung mit islamischem Recht und der afghanischen Kultur erarbeitet werden. In vielen Provinzen gab es sporadische Eröffnungen, jedoch wurden die Mädchen oft nach wenigen Stunden ohne weitere Erklärungen wieder nach Hause geschickt. Der UN-Sicherheitsrat tagte am 25.03.22 zum weiteren Bildungsverbot für Mädchen.

Zehn Länder verlasen im Anschluss ein gemeinsames Statement welches die Aufhebung des Verbotes fordert. Am 26.03.22 gab es Proteste von Frauen und Mädchen in Kabul gegen das weitere Bildungsverbot.

04. April 2022

Sicherheitslage

Zwischen dem 27.02. und 03.04.22 ist es in den Provinzen Baghlan, Panjshir und Badakhshan zu mehreren Zusammenstößen zwischen der Nationalen Widerstandsfront (NRF) und den Taliban gekommen. In Baghlan sind elf bis 13 Taliban getötet und 18 weitere verletzt worden. Zwei Widerstandskämpfer sind ebenfalls getötet worden. In Panjshir sind nach dem dritten Tag der Kämpfe insgesamt drei Taliban getötet und fünf weitere Kämpfer verletzt worden. Über Opfer der NRF ist nichts bekannt. In Badakhshan hat eine Landmine das Auto eines Talibankommandeurs getroffen und diesen verletzt sowie zwei seiner Bodyguards getötet. Ein Bodyguard des NRF-Führers Ahmad Massoud ist am 31.03.22 von den Taliban verhaftet und gefoltert worden. In der Provinz Farah sind am 30.03.22 bei Kämpfen zwischen dem Islamischen Staat Provinz Khorasan (ISKP) und den Taliban mehrere Bodyguards eines Talibankommandeurs getötet worden. Bei zwei Bombenexplosionen in der Stadt Herat sind vier Zivilisten getötet und 25 weitere verletzt worden. In der Provinz Helmand sind fünf Kinder durch Landminen getötet worden. In den letzten sieben Monaten sind insgesamt ca. 300 Kinder durch Landminen ums Leben gekommen. Bei einer Explosion in Kabuls größtem Devisenmarkt Sarai Shazadaa am 03.04.22, ist eine Person gestorben und bis zu 20 Personen verletzt worden. Die Handgranate soll ein Räuber gezündet haben.

Verfolgungslage und Regierungsführung

Es wird berichtet, dass die Taliban am 28.03.22 einen ehemaligen Militärangehörigen in der Provinz Kunduz verhaftet haben. Am 29.03.22 wurden außerdem ein ehemaliger Militärangehöriger und zwei weitere Personen in der Provinz Baghlan verhaftet. Am 31.03.22 wurde in der Provinz Herat ein ehemaliges Mitglied der Sicherheitskräfte tot aufgefunden. Am 01.04.22 ist ein ehemaliger Militärarzt in der Provinz Badakhshan inhaftiert und gefoltert worden. Die Taliban haben am selben Tag eine schiitische Moschee in Kabul aus unbekannten Gründen geschlossen. Privaten TV-Sendern wurde von den Taliban verboten, in einer Landessprache produzierte Sendungen der ausländischen Sender Voice of America (VOA), Deutsche Welle (DW), China Global TV Network (CGTN) und British Broadcasting Company (BBC) auszustrahlen. Dem schiitischen TV-Sender Tamadon TV wurde neben westlichen ausländischen Formaten auch die Ausstrahlung solcher aus dem Iran verboten. In der Stadt Herat schließen viele Buchläden, da die Käufer ausbleiben (vor allem Studenten). Am 03.04.22 haben die Taliban ein Dekret erlassen, welches den Anbau von Opium und den Gebrauch sowie den Handel mit Drogen im Land verbietet.

Humanitäre Lage

Als Reaktion auf die weitere Schließung von Mädchenschulen setzt die Weltbank die Finanzierung von vier Projekten im Wert von 600 Mio. USD aus. Am 31.03.22 hat eine virtuelle UN-Geberkonferenz unter Leitung von Deutschland, Großbritannien und Katar insgesamt 2,4 Mrd. USD statt der anvisierten 4,4 Mrd. USD für humanitäre Hilfe für das Jahr 2022 erbracht.

11. April 2022

Sicherheitslage

Am 06.04.22 wurde während eines Gebets in der Moschee Pul-e Khishti in der Kabuler Innenstadt eine Handgranate gezündet. Mindestens 24 Personen wurden verletzt.

Nach Angaben der Nationalen Widerstandsfront (NRF) kam es zu Auseinandersetzungen mit den Taliban in der Provinz Pandschschir am 05.04.22 und in der Provinz Baghlan am 07.04.22 und an den darauffolgenden Tagen. Es sollen mehrere Talibankämpfer getötet worden sein. Eine andere Widerstandsgruppe, die Afghanistan Freiheitsfront (AFF), hat nach eigenen Angaben vier Stützpunkte der Taliban in Parvan, Badakhshan, Kandahar und Baghlan angegriffen. Die Taliban leugnen jeglichen bewaffneten Widerstand.

Verfolgungslage

Es gibt zahlreiche Berichte von Verhaftungen durch die Taliban: der ehemalige Senator Mawlawi Abdulwahab Irfan aus der Provinz Takhar (ethnischer Usbeke) beim Grenzübergang aus dem Iran, der Vorsitzende des Komitees für

den Schutz von Journalistinnen und Journalisten in der Provinz Ghor, Ghulam Rabani Hadaftand, und ein weiterer Journalist (06.04.22), zwei ehemalige Sicherheitskräfte in der Provinz Bamyan (06.04.22) und 10 oder 11 Aktivistinnen nach Protesten gegen die ausbleibende Wiedereröffnung von weiterführenden Mädchenschulen in der Provinz Bamyan (06.04.22, von Taliban bestätigt, drei wieder freigelassen). Am 09.04.22 haben die Taliban einen Mann in der Provinz Parwan unter dem Vorwurf Kontakte zur NRF zu haben verhaftet und getötet. Außerdem wird berichtet, dass zwei Frauen wegen unangemessener Kleidung und Studenten wegen nicht-Verrichten eines Gebets von den Taliban geschlagen wurden (06. Und 07.04.22).

Bildung

In einem Brief an staatliche und private Universitäten haben die Taliban gemischtgeschlechtliche wissenschaftliche Konferenzen verboten. Studentinnen dürfen keine Fotos oder Videos von Graduierungsfeiern online stellen. Dozierenden und Studierenden ist es verboten mit Medien zu sprechen.

25. April 2022

Sicherheitslage: Anschlagserie des Islamischen Staat Provinz Khorasan (ISKP)

Innerhalb weniger Tage erfolgte eine Reihe großer Anschläge, vornehmlich in Moscheen, mit vielen Toten und Verletzten. Am 17.04.21 hatte der IS auf seinem Telegram-Kanal weltweite Racheanschläge (u.a. auch in der Region Khorasan) für die Ermordung ihres Anführers al-Qurashi und des Sprechers al-Muhajer in Syrien Anfang Februar 2022 angekündigt. Laut des BBC sind die Anschläge des ISKP in Afghanistan ein Teil dieser Racheaktion. Am 22.04.22 sind bei einem Bombenanschlag in der sunnitischen Maulavi Sekandar Sufi Moschee im Distrikt Imam Sahib der Provinz Kunduz mindestens 30 Menschen getötet und ca. 43 weitere verletzt worden. Laut des Nachrichtenportals Tolonews habe sich der ISKP zu dem Anschlag bekannt. Am 21.04.22 hat es in Masar-e Scharif einen Bombenanschlag auf eine schiitische Moschee mit 30 Toten und ca. 80 Verletzten gegeben. Die Moschee wurde hauptsächlich von ethnischen Hazaras besucht und der ISKP bekannte sich zu dem Attentat. Am selben Tag gab es einen Anschlag des ISKP in der Provinz Kunduz mit vier Toten und 18 Verletzten. Am 19.04.22 erfolgten zwei Anschläge auf eine Jungsschule und eine weitere Bildungseinrichtung in Kabul, im schiitischen Hazara-Viertel Dasht-e Barchi, mit mindestens 22 Toten und vielen Verletzten. Bisher wurden solche Anschläge durch den ISKP ausgeführt, der sich aber nicht zu diesen bekannte. Die Taliban haben die Anschläge zwar verurteilt, sollen aber in Kabul die Berichterstattung darüber, den Zugang zu Krankenhäusern und Hilfsaktionen, wie Blutspenden von Angehörigen behindert haben.

Sicherheitslage: Drohnenangriffe der pakistanischen Armee in Afghanistan

Die pakistanische Armee hat in der Nacht zum 16.04.22 Luftangriffe auf die Provinzen Khost und Kunar in Afghanistan geflogen mit mindestens 40 toten Zivilisten (auch Frauen und Kindern) mit dem Ziel die Terrorgruppe Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP) zu bekämpfen. Dies sei nach Angaben des pakistanischen Militärs auch gelungen. Pakistan wirft den afghanischen Taliban vor, nichts gegen TTP zu unternehmen, die von Afghanistan aus operieren sollen. Die TTP hatte erstmalig eine Frühjahrsoffensive gegen die pakistanische Armee ausgerufen und die Woche zuvor einen Anschlag gegen Sicherheitskräfte in Pakistan ausgeführt. Die Taliban kündigten an, keine Invasionen aus Nachbarstaaten zuzulassen, aber die Spannungen mit Pakistan wegen der Drohnenangriffe diplomatisch lösen zu wollen.

Verfolgungslage: Inhaftierungen und Tötungen

Am 17.04.22 wurde berichtet, dass ein ehemaliger Offizier, Qasim Qaim, von den Taliban wegen Verbindungen zur Nationalen Widerstandsfront (NRF) gefoltert und getötet worden ist. Human Rights Watch forderte am 20.04.22 die Taliban auf, die seit Oktober 2021 inhaftierte Leiterin des Frauengefängnisses von Herat frei zu lassen. Die Zeitungen New York Times und Hasht-e Subh berichten von bis zu 500 von den Taliban getöteten ehemaligen Regierungsmitgliedern seit der Machtübernahme in den Provinzen Kabul, Nangarhar, Herat, Uruzgan, Takhar, Khost, Helmand, Balkh, Ghazni, Kunduz und Badakhshan. Die Taliban widersprachen dem. Laut eines Reports des Armed Conflict Location & Event Data Projekts (ACLED) vom 14.04.22 seien die Taliban mit 53 % für den Großteil der Gewalt gegen Zivilisten seit der Machtübernahme im Jahr 2021 bis zum März 2022 verantwortlich. 39 % seien durch unbekannte Gruppierungen und nur 6 % durch den ISKP ausgeführt worden.

02. Mai 2022

Sicherheitslage: Anschlagswelle im Fastenmonat Ramadan

Am 01.05.22 endete der Fastenmonat Ramadan. Am 30.04.22 gab es einen Anschlag auf einen Bus im Westen Kabuls, bei dem drei Frauen getötet und zwei weitere Personen verletzt wurden. Der Islamische Staat der Khorasan Provinz (ISKP) bekannte sich zu dem Anschlag. Am 29.04.22 sind bei einem Bombenanschlag auf eine sunnitische Sufi-Moschee in Kabul mindestens 50 Personen getötet worden und es gab ca. 70 Verletzte. Bislang bekannte sich niemand zu der Tat. Am 28.04.22 sind bei zwei Bombenexplosionen an Minivans in der Stadt Masar-e Sharif neun Menschen getötet und 13 weitere verletzt worden. Die Opfer zählen hauptsächlich zu den schiitischen Hazaras und der ISKP bekannte sich zu der Tat. Unbekannte Bewaffnete haben am 26.04.22 im Distrikt Dara-e Suf Bala in der Provinz Balkh fünf Hazara-Passagiere auf der Samangan-Autobahn erschossen.

Sicherheitslage: Frühjahrsoffensive des Widerstandes wird fortgesetzt

Die Widerstandsgruppe National Liberation Front (NLF) hat nach eigenen Angaben am 30.04.22 einen Checkpoint in Kabul angegriffen und dabei sieben Taliban getötet sowie deren Waffen erbeutet. Am 23.04.22 hat die NLF den Taliban-Kommandeur Qari Nusratullah, dem zahlreiche Übergriffe gegen Zivilisten in den Provinzen Kapisa, Parwan und Panjshir vorgeworfen werden und der Mitglied der Badri-Einheit war, in der Provinz Kapisa getötet. Am selben Tag hat die NLF einen weiteren Taliban-Kommandeur und fünf seiner Bodyguards im Distrikt Istalif in der Provinz Kabul getötet. Bei Kämpfen der Nationalen Widerstandsfront (NRF) in der Provinz Baghlan wurden elf Taliban und einige NRF-Kämpfer getötet.

Verfolgungslage: Inhaftierungen

Am 27.04.22 haben die Taliban in der Stadt Herat zwei Bürgerrechtler und einen Journalisten verhaftet, weil sie Kommentare gegen die Taliban auf ihren Facebook-Seiten gepostet hatten. Am selben Tag haben die Taliban in der Provinz Ghor sechs Anhänger der Nationalen Widerstandsfront (NRF) festgenommen. Ebenfalls am 27.04.22 wurde ein ehemaliges Mitglied des National Directorate of Security (NDS) in Kabul von den Taliban verhaftet.

09. Mai 2022

Sicherheitslage: Widerstand strebt zur Kooperation / Überläufer der Taliban

Am 05.05.22 hat der Führer der Nationalen Widerstandsfront (NRF) Ahmad Massoud die Gründung eines Hohen Rates der NRF vorgeschlagen, der möglicherweise alle zersplitterten Widerstandsgruppen übergreifend vereinen soll. Am 08.05.22 kämpften in der Provinz Baghlan erstmals die NRF und die Nationale Befreiungsfront (NLF) gemeinsam gegen die Taliban. Am 05.05.22 soll die NRF bis zu zehn Dörfer (u.a. Band Barq) im Distrikt Warsaj in der Provinz Takhar eingenommen haben. Die Taliban entsandten als Antwort am 07.05.22 ihre Selbstmordattentäter-Brigade Badri in die Region. In der Provinz Samangan wurde am 05.05.22 ein usbekischer Taliban-Kommandeur verhaftet, weil er der NRF geholfen haben soll. Am 07.05.22 wurden 300 paschtunische Taliban in die nahe gelegene Provinz Badakhshan verlegt, um tadschikische und usbekische Taliban in der Region zu ersetzen. Letztere wurden teilweise von ihren Basen vertrieben und entwaffnet. Am 08.05.22 war der Taliban-Geheimdienstchef Malik Dara in der Provinz Panjshir zur NRF übergelaufen. Am selben Tag hatte es heftige Kämpfe in Panjshir zwischen der NRF und den Taliban gegeben, bei denen ca. 20 Taliban getötet wurden. Die Taliban widersprachen auf ihrer offiziellen Twitterseite allen oben genannten Meldungen.

Verfolgungslage und Regierungsführung

Am 07.05.22 haben die Taliban ihr restriktivstes Dekret seit ihrer Machtübernahme verabschiedet. Alle Frauen im Land müssen nun verbindlich eine Ganzkörperbedeckung (Burka) tragen. Wenn eine Frau ohne Burka in der Öffentlichkeit angetroffen wird, soll ihr männlicher Bewacher dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Frauen, die diese Kleiderordnung bei der Arbeit nicht befolgen, werden entlassen. Im Tugendministerium sei eine neue Abteilung zur Überwachung des Dekrets eingerichtet worden. Laut Berichten vom 02.05.22 haben die Taliban zudem die Ausgabe von PKW-Führerscheinen an Frauen eingestellt. Die internationale Gemeinschaft zeigt sich besorgt, dass die Taliban ihre Versprechungen zu Frauenrechten nicht mehr einlösen werden. Am 03.05.22 haben die Taliban einen ehemaligen Mitarbeiter der Nationalen Sicherheitsdirektion (NDS) in der Provinz Herat getötet.

Humanitäre Lage: Starke Regenfälle und Sturzfluten landesweit

In zahlreichen Provinzen wurden am 04.05.22 starke Regenfälle und Sturzfluten gemeldet. 29 Menschen sollen landesweit gestorben und 40 verletzt sowie viele Häuser zerstört oder unbewohnbar geworden sein. In der Provinz Baghlan sind vier Menschen durch eine Flut getötet worden. In der Provinz Maidan Wardak wurde eine Frau durch einen Blitz erschlagen und Farmland durch Fluten zerstört. In der Provinz Badghis starben fünf Menschen durch Fluten und ca. 20 Häuser wurden zerstört. In der Provinz Parwan wurden zwei Kinder getötet, zwei weitere Personen verletzt und ca. 30 Tiere getötet.

Afghanistan im World Ranking der Pressefreiheit um 34 Stellengefallen

Reporter ohne Grenzen berichteten am 03.05.22 zum Welttag der Pressefreiheit, dass Afghanistan im World Ranking der Pressefreiheit um 34 Positionen von Platz 122 auf 156 (von 180) gefallen sei. Dies liege laut Amnesty International vor allem an der durch die Taliban ausgeübten Zensur der Medienlandschaft und der Einschüchterung bzw. Inhaftierung oder Tötung von Journalisten bei unliebsamer Berichterstattung. 60 % der Journalisten hätten seit der Machtübernahme ihre Arbeit verloren (vor allem Journalistinnen), ca. 230 Medienunternehmen hätten geschlossen und es werde starke Zensur durch die Taliban ausgeübt (u.a. ausländische Nachrichten wie BBC oder VOA dürfen nicht mehr gesendet werden).

16. Mai 2022

Sicherheitslage: Kämpfe in Panjshir, Takhar und Baghlan

Die Taliban reagieren auf die Frühjahrsoffensive und Geländegewinne der Widerstandsbewegungen im Norden. Am 10.05.22 wird berichtet, dass seit ca. vier Tagen heftige Kämpfe zwischen den Taliban und der Nationalen Widerstandsfront (NRF) in der Provinz Panjshir toben. Am 09.05.22 hatte die NRF nach eigenen Angaben dort 20 Taliban getötet. Am 10.05.22 spricht die NRF sogar von 100 getöteten und verletzten Taliban im Distrikt Dara Abdullah Khail. Diese Zahlen entstammen Twitter-Meldungen der NRF und können nicht überprüft werden. Die Taliban hätten als Antwort mehr Truppen in die Region verlegt und teilweise Zivilisten eingesperrt (bis zu 200) und auch getötet (ca. 40). Es habe auch tote Zivilisten in den Provinzen Takhar (Distrikt Warsaj) und Baghlan (Distrikt Andarab) gegeben. Die Taliban widersprachen den Anschuldigungen. Es gibt aber Berichte in den sozialen Medien die zeigen, dass tote Taliban-Kämpfer in ihre Heimatorte überführt wurden. Der EU-Botschafter für Afghanistan zeigte sich, angesichts der Meldungen getöteter Zivilisten in besagten Provinzen besorgt.

Verfolgungslage und Regierungsführung

Am 10.05. und 11.05.22 protestierten Frauen in Kabul gegen die Pflicht für Frauen, in der Öffentlichkeit eine Ganzkörperbedeckung (Burka) zu tragen. Sie wurden von den Taliban mit Waffen gestoppt und die Versammlungen aufgelöst. Journalisten, die über die Proteste berichteten, wurden von den Taliban inhaftiert. Die Taliban hatten am 07.05.22 ein Dekret erlassen, welches allen Frauen landesweit das Tragen einer Burka vorschreibt (vgl. BN v. 09.05.22).

Laut Meldungen vom 15.05.22 sollen die Taliban in der Provinz Panjshir ehemalige Soldaten mittels Biometriegeäten identifizieren und festnehmen. In der Provinz Ghazni wird männlichen Angestellten in der öffentlichen Verwaltung der Zutritt zu ihrem Büro verweigert, wenn sie keinen Bart und Turban tragen. In der Provinz Herat soll in Parks und Restaurants offiziell die Geschlechtertrennung eingeführt worden sein. Am 15.05.22 wurde berichtet, die Armee der Taliban sei mittlerweile auf 130.000 Mann angewachsen und es werden 150.000 angestrebt.

Humanitäre Lage

Das UN-Welternährungsprogramm (WFP) berichtet am 10.05.22, dass nach wie vor ca. die Hälfte der Bevölkerung (19,7 Mio.) von Ernährungsunsicherheit bedroht ist. Nur ca. 7 % der Bevölkerung hätten täglich ausreichend Nahrung. Bis zum November sollen die Zahlen dank humanitärer Hilfe und Ernten leicht auf 18,9 Mio. zurückgehen. Save the Children berichtet am selben Tag, dass im Land ca. 9,6 Mio. Kinder hungern. Sie würden mit Glück täglich ein Brot essen.

23. Mai 2022

Sicherheitslage

Am 16.05.22 haben sich die Taliban in der Grenzstadt Sher Khan in der Provinz Kunduz Scharmützel mit tadschikischen Grenzschützern geliefert. Am 19.05.22 hat das tadschikische Militär Operationen an der Grenze zu Afghanistan begonnen, nachdem vermutlich bewaffnete Gruppen aus Afghanistan zu Aufständen in Tadschikistans Grenzprovinzen angestachelt haben sollen. Am selben Tag wurde berichtet, dass die Taliban den Grenzübergang Sher Khan geschlossen und tadschikische LKWs konfisziert haben. Tadschikistan ist eines der instabileren zentralasiatischen Länder, welches die Machtergreifung der Taliban eine Gefahr für die Region nennt und der Nationalen Widerstandsfront (NRF, ebenfalls Tadschiken) Unterschlupf und Unterstützung gewähren soll.

Bei einem Treffen verschiedener ehemaliger afghanischer Politiker (darunter Abdul Raschid Dostum, Mohammed Mohaqiq, Abdul Rasul Sayyaf, Atta Mohammed Noor) am 17.05.22 in Ankara (Türkei), haben diese in einem Statement einen „Obersten Rat des nationalen Widerstands zur Rettung Afghanistans“ ausgerufen. Die Deklaration ruft zum Widerstand gegen die Taliban in den nördlichen Provinzen auf. Tahreek-e-Azadi Afghanistan (die Afghanische Freiheitsbewegung) hat sich am 19.05.22 zu einem Anschlag auf einen Konvoi des 209. Al-Fath-Taliban-Korps in Mazar-e-Sharif in der Provinz Balkh bekannt.

Regierungsführung und Verfolgungslage

Die Taliban haben am 16.05.22 per Dekret die Auflösung von fünf wichtigen Institutionen der ehemaligen Republik (u.a. die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission, die Sekretariate des Unter- bzw. Oberhauses im Parlament, den Nationalen Sicherheitsrat, den Hohen Rat für Nationale Aussöhnung und die Unabhängige Kommission zur Überwachung der Umsetzung der Verfassung) bekannt gegeben, da diese „überflüssig seien“. Am 19.05.22 wurde berichtet, die Taliban haben in der letzten Woche ca. 35 junge Männer aus Panjshir in Kabul festgenommen und an unbekannte Orte verbracht. Die NRF berichtet am 20.05.22, dass die Taliban im Distrikt Andarab (Baghlan) 27 Familien, vermutlich Familienmitglieder von NRF-Kämpfern, aus ihren Häusern umgesiedelt hätten. Ebenfalls am 19.05.22 hat das Tugendministerium der Taliban verbindlich angeordnet, dass alle TV-Moderatorinnen in ihren Sendungen ihr Gesicht verdecken und somit eine Ganzkörperverschleierung (Burka) tragen müssen. Auch weibliche Mitarbeiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) müssen seit diesem Tag verbindlich eine Burka tragen. Schon am 07.05.22 hatten die Taliban für alle Frauen landesweit eine Burka-Pflicht ausgerufen, gegen die viele Frauen in Kabul demonstrierten (vgl. BN v. 09.05.22).

30. Mai 2022

Sicherheitslage

Der Verteidigungsminister der Taliban, Mullah Yaqoob, und der stellvertretende Premierminister der Taliban, Abdulghani Baradar, sind ins Panjshirtal gereist, um den Kampf gegen die Nationale Widerstandsfront (NRF) zu koordinieren. Die Taliban haben die Berichterstattung aus der Provinz verboten und kontrollieren den Zugang zum Tal streng, weshalb keine unabhängigen Informationen über die dortige Sicherheitslage verfügbar sind. Nach Angaben der NRF dauern die Kämpfe an.

Am 23.05.22 kam es zu einem Anschlag auf eine Versammlung der Taliban zum Anlass des sechsten Todestags des ehemaligen Talibanführers Akhtar Mansour. Sowohl die Widerstandsgruppe „Befreiungsfront“ als auch der ISKP haben die Verantwortung übernommen.

Am 25.05.22 gab es eine Explosion in einer Moschee in Kabul mit mindestens fünf Toten und 22 Verletzten. Am gleichen Tag gab es drei Explosionen in öffentlichen Verkehrsmitteln in Mazar-e Sharif, bei denen mindestens neun Menschen getötet und 15 verletzt wurden. Niemand hat die Verantwortung für die Anschläge übernommen.

Regierungsführung & Verfolgungslage

Die Taliban haben am 22.05.22 in der Provinz Herat per Dekret verboten Abbildungen von „lebendigen Wesen“ auf Bildern oder als Skulpturen im öffentlichen Raum darzustellen. An der Fakultät für Bildende Kunst der Universität Kabul haben die Taliban Kunstwerke zerstört.

Zwischen dem 25. und 27.05.22 wurden mindestens sechs Journalistinnen und Journalisten von den Taliban festgenommen. Vier von ihnen wurden nach einigen Stunden (teilweise gegen Kautions) wieder freigelassen und haben von Folter berichtet. Zwei weitere sind nach wie vor in Haft.

Proteste von Frauen gegen ihren Ausschluss aus dem öffentlichen Leben, besonders die ausbleibende Wiedereröffnung von weiterführenden Schulen für Mädchen, das Arbeitsverbot für viele Frauen und den Erlass zur Verschleierung des Gesichts, halten an. Bei Protesten in Kabul am 29.05.22 forderten Frauen „Essen, Arbeit und Freiheit“. Die Demonstration wurde von den Taliban aufgelöst. Sie gaben Warnschüsse ab und sollen einige Frauen geschlagen haben.

13. Juni 2022

Sicherheitslage: Kämpfe zwischen der Nationalen Widerstandsfront und den Taliban nehmen zu

Kämpfe in den Provinzen Baghlan und Panjshir zwischen den Taliban und der Nationalen Widerstandsfront (NRF) nehmen zu. Auf beiden Seiten gibt es Tote und Verletzte. Viele Einwohner wurden in den umkämpften Gebieten von den Taliban aus ihren Häusern vertrieben, um diese als Basen zu benutzen. Einige von ihnen wurden aufgrund möglicher Verbindungen zur NRF von den Taliban verhaftet, gefoltert oder auch getötet. Die Taliban sollen zudem mit biometrischen Geräten an Checkpoints in Panjshir unter den Passierenden nach ehemaligen Soldaten suchen. Am 06.06.22 gab es einen Bombenanschlag auf einen Taliban-Leiter der Stadtverwaltung im PD 4 in Kabul, bei dem dessen Leibwächter und mehrere Zivilisten verletzt wurden. Niemand bekannte sich zu der Tat.

Verfolgungslage: Einschränkungen der Presse- und Religionsfreiheit

Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) hat am 01.06.22 die Taliban aufgefordert ihre strengen Maßnahmen gegenüber Journalisten zu beenden. Reporter ohne Grenzen berichten am 12.06.22, dass im letzten Monat zwölf Journalisten willkürlich von den Taliban inhaftiert wurden. Darunter der Moderator einer beliebten Satireshow des Senders ToloTV. Am 08.06.22 wurde ein bekannter Youtuber unter dem Vorwand der Blasphemie mit drei weiteren Kollegen verhaftet. Am 02.06.22 wurde der jährliche Bericht zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums vorgestellt. Danach habe sich die Religionsfreiheit unter den Taliban dramatisch verschlechtert, vor allem, weil Frauen aus religiösen Gründen ihre Rechte auf Bildung und Arbeit verwehrt werden und die Taliban den Islamischen Staat der Khorasan Provinz (ISKP) nicht daran hindern können, zunehmend tödliche Anschläge auf die schiitischen Hazaras zu verüben.

20. Juni 2022

Sicherheitslage: Widerstand und zwei Anschläge

Die Auseinandersetzungen zwischen der Nationalen Widerstandsfront (NRF) und den Taliban halten an (u. a. in den Provinzen Panjshir, Baghlan, Kapisa, Takhar). Es wird von Festnahmen, Vertreibung und Folter von zivilen Personen in und aus diesen Regionen durch die Taliban berichtet. U. a. sollen in Kabul bei Hausdurchsuchungen mehr als 150 Menschen aus dem Panjshirtal verhaftet worden sein.

In der Provinz Sar-e Pul im Distrikt Balkhab kam es zu Zusammenstößen zwischen den Taliban und der Widerstandsgruppe um den Hazara Maulawi Mahdi. Es gibt Berichte, nach denen die Taliban sich in dieser Region mit Kämpfern des IS zusammengeschlossen haben.

In Kunduz gab es während des Freitagsgebets am 17.06.22 eine Explosion in einer Moschee. Mindestens zwölf Personen wurden getötet und 30 verletzt. Die Hintergründe und die Zahl der Verletzten sind unklar.

Am 18.06.22 wurde ein Tempel der Sikh- und Hindu-Gemeinschaft in Kabul von bewaffneten Angreifern gestürmt. Mindestens ein Zivilist und ein Taleb kamen ums Leben. Der IS übernahm die Verantwortung für den Angriff.

Verfolgungslage und Proteste

In der Provinz Zabul haben die Taliban am 17.06.22 einen Mullah erschossen, den sie beschuldigten, für den IS zu arbeiten. Am gleichen Tag in der gleichen Provinz haben die Taliban einen Mitarbeiter des Geheimdienstes der ehemaligen Regierung erschossen. Laut Berichten führen die Taliban in der Provinz Herat Hausdurchsuchungen bei Mitarbeitenden der ehemaligen Sicherheitskräfte durch. In der Provinz Takhar wurden am 17.06.22 zehn Studentinnen verhaftet, weil sie an einer Hochzeit teilgenommen hatten und dort die von den Taliban verhängten Kleidungs Vorschriften nicht eingehalten haben. Nach einigen Stunden wurden sie wieder freigelassen. Es gab Proteste von ehemaligen Staatsangestellten wegen ausbleibenden Renten und von Verwaltungsangestellten des Obersten Gerichtshofs, die von ihrer Arbeit ausgeschlossen wurden. Auch die Proteste von Frauen halten an.

27. Juni 2022

Sicherheitslage: Kämpfe zwischen Hazara-Widerstand und den Taliban

Der bisher einzige Taliban-Kommandeur aus der Ethnie der Hazara, Maulawi Mehdi, hat sich laut Meldungen von den Taliban losgesagt und ist in seinen Heimatdistrikt Balkhab in der Provinz Sar-e Pul zurückgekehrt (dort war er vor der Machtübernahme seit 2018 Schattengouverneur der Taliban gewesen). Er hat sich laut lokalen Beobachtern mit ca. 500 – 1.000 Soldaten in Balkhab verschanzt und wird von ca. 3.000 Taliban belagert. Am 23.06.22 haben die Kämpfe zugenommen, bisher gibt es kaum Meldungen über Opfer. Mehdi war nach der Machtübernahme zunächst Chef des Taliban-Geheimdienstes für die mehrheitlich von Hazaras bewohnte Provinz Bamyang gewesen, hatte sich dort aber geweigert, Maßnahmen der Taliban gegen die Hazaras durchzusetzen und wurde deswegen erst nach Kabul beordert um dann auszuschneiden. Da die Taliban nicht noch mehr paschtunische Kämpfer bei der Bekämpfung von Aufständen verlieren wollen, versuchen sie derzeit erstmalig Kämpfer des Islamischen Staats der Provinz Khorasan (ISKP) gegen Mehdi und seine Kämpfer zu mobilisieren. Der Distrikt Balkhab hat große Kupfer- und Kohlevorkommen, die nach Pakistan exportiert werden. Bisher floss der Erlös in die Hände Mehdis, aber die Taliban wollen aufgrund der Wirtschaftskrise dieses Geld selbst einnehmen.

Regierungsführung

Am 16.06.22 wurde berichtet, dass die Taliban in der Provinz Herat Frauen verbieten ihre Ehemänner vor Gericht zu verklagen, wenn sie z.B. Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Die Taliban sollen laut Meldungen vom 23.06.22 in der Provinz Faryab nicht-paschtunische Angestellte in Führungspositionen durch Paschtunen ersetzen. Die Taliban haben eine Anweisung erlassen, dass an Privatuniversitäten landesweit das Fach Persische Literatur durch andere Fächer ersetzt werden soll. Zuvor sind schon an Universitäten und generell auf Schildern im ganzen Land persische Schriftzeichen entfernt worden. In der Stadt Kandahar haben die Taliban Banner aufgehängt, auf denen Frauen, die keine Verschleierung tragen, mit Tieren gleichgesetzt werden.

Verfolgungslage: Frauen

In der Provinz Takhar wurden am 17.06.22 ca. 30 Studentinnen von den Taliban inhaftiert, weil sie in einer Unterrichtspause ohne männliche Begleitung ihr Wohnheim verlassen und in einen Park gegangen waren. Wenige Tage später drangen Taliban in das Wohnheim dieser Studentinnen ein, um Studentinnen nach eigenen Aussagen zu disziplinieren. Vor ein paar Wochen hatten die Taliban eine Veranstaltung in der Universität ausgerichtet, die den Frauen das Tragen einer Verschleierung nahelegen sollte. Dabei hatten sich einige Studentinnen dessen verwehrt und wurden danach von den Taliban verhaftet. Humanitäre Lage Eines der tödlichsten Erdbeben in der Geschichte Afghanistans hat am 22.06.22 die Provinzen Khost und Paktika im Osten des Landes heimgesucht. Dabei sind ca. 1.000 Menschen getötet worden und ca. 1.500 Personen wurden verletzt. Die Taliban haben umgerechnet ca. eine Mio. USD als Hilfe für die Opfer zur Verfügung gestellt und die internationale Gemeinschaft ebenfalls aufgefordert zu helfen. Hilfslieferungen für die Opfer aus Iran, Katar und Japan sind eingetroffen. Die UN stellen 10 Mio. USD und China umgerechnet 7,5 Mio. USD an Hilfen zur Verfügung.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de